

# Gymnasium in Niedersachsen

## Demokratie braucht Bildung!



Editorial .....	3	
<b>Demokratiebildung</b>		
Demokratie(braucht)Bildung .....	4	
Demokratiebildung im Schulalltag: Wie wir Politik in die Klassenzimmer holen sollten .....	7	
Demokratiebildung als lebendiges Prinzip – Warum sie mehr ist als Fachunterricht .....	8	
Beutelsbacher Konsens – Perspektivenvielfalt heißt nicht Wertneutralität .....	10	
Aus der Schulpraxis: Goethes Demokratie-Navigator .....	12	
Schüleraustausch Brigitte Sauzay .....	16	
Kann ein Schüleraustausch zur Demokratiebildung beitragen?		
<b>Politische Bildung</b>		
Rede des Vorsitzenden anlässlich des Empfangs des Hauptvorstandes zum Philologentag 2025 im Auswandererhaus Bremerhaven .....	18	
<b>Tarifabschluss 2026</b>		
Besoldung in Niedersachsen: .....	22	
Wichtige Schritte, aber noch kein Durchbruch		
<b>Schule und Praxis</b>		
Neue Medien im Spannungsfeld von Schule .....	24	
„In fünf Jahren blicken wir auf diese Epoche, als hätten wir Zigaretten an Achtjährige verteilt.“ (Jonathan Haidt)		
<b>Wir trauern um</b> .....		26
<b>Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst</b>		
„Wie eng ist der Gürtel?“ Stellensuche aus Sicht der LiVD .....	28	
Befragung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst .....	29	
<b>Literatur</b>		
Demokratiebildung mit Resonanzpoesie .....	30	
Ein Beitrag zur Wertevermittlung in der Schule		

## Impressum

**GYMNASIUM in Niedersachsen**  
Zeitschrift des Philologenverbandes  
Herausgeber und Verleger:  
Philologenverband Niedersachsen  
Sophienstraße 6 · 30159 Hannover  
Tel. 0511 36475-0

**Redaktionsadresse:**  
hermelingmeier@phvn.de  
Redaktion: Carla Hermelingmeier  
Gestaltung: Frank Heymann, Hannover  
Druck: HANNOPRINT GmbH, Hannover

Die Zeitschrift Gymnasium in Niedersachsen erscheint viermal jährlich.  
Redaktionsschluss für Gymnasium in Niedersachsen 3-2026 ist der 26. Juni 2026

Beiträge bitte, soweit als möglich, als E-Mail-Anlage direkt an die Redaktions-Adresse **hermelingmeier@phvn.de** schicken. Weitere Informationen auf unserer Homepage **www.phvn.de**

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Begriff „Demokratiebildung“ ist zurzeit in aller Munde, ein Begriff, der in wissenschaftlichen Beiträgen und in der Bildungspolitik verwendet und auch unterschiedlich definiert wird.

Es geht in Schule jeden Tag um das Leben und Vorleben demokratischer Werte. Dass dies eine Querschnittsaufgabe aller Fächer ist, zeigt bereits der im § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes definierte Bildungsauftrag von Schule. Und weil die Demokratie gerade in Gefahr zu sein scheint, hört man viele Stimmen, die sagen, dass Demokratiebildung heute wichtiger denn je sei.

„Die Schule soll ... die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage des Christentums, des europäischen Humanismus und der Ideen der liberalen, demokratischen und sozialen Freiheitsbewegungen weiterentwickeln. Erziehung und Unterricht müssen dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Niedersächsischen Verfassung entsprechen; die Schule hat die Wertvorstellungen zu vermitteln, die diesen Verfassungen zugrunde liegen“, heißt es im Niedersächsischen Schulgesetz im § 2 zum Bildungsauftrag.

Im dritten Satz von § 2 werden die zu vermittelnden Befähigungen der Schülerinnen und Schüler konkret ausformuliert. Ganz oben auf der Liste steht, dass Lernende die Fähigkeit erlangen sollen, Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen.

Ab wann können und ab wann sollen junge Menschen die Gesellschaft dann demokratisch mitgestalten (dürfen)? Wir stehen in Niedersachsen vor Kommunalwahlen. Menschen ab 16 Jahren können bereits seit 1996 die Zusammensetzung der Kreistage, Städte- und Gemeinderäte bestimmen. Damit hat unser Bundesland damals die Pionierrolle in Deutschland eingenommen. Die rot-grüne Landesregierung würde gern auch das passive Wahlalter auf 16 senken, damit sich mehr Jugendliche vor Ort direkt in die Kommunalpolitik einbringen können. Dies lässt sich bis zu den Kommunalwahlen am 13. September kaum mehr umsetzen, weil noch verfassungsrechtliche Fragen geklärt werden müssten.

### **Aber: Wie können wir dennoch mehr Demokratie wagen?**

Der Landesschülerrat forderte jüngst das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren für die Landtagswahlen 2027 einzuführen. Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, sowie die Stadtstaaten



Bremen und Hamburg zeigen, dass es geht. Dort liegt das Wahlalter bei 16 Jahren. In Niedersachsen liegt es noch bei 18 Jahren. Junge Leute beschwerten sich, dass ihre Meinungen von der Politik nicht genug gehört würden, sei es bei der Debatte um eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht oder in der aktuellen Rentendiskussion. Wahrscheinlich haben junge, politisch interessierte Menschen mit ihrer Wahrnehmung recht. Es sind eher die Ü50 als die U30, die über die Politik der nachfolgenden Generationen entscheiden.

Willy Brandt sagte in seiner Regierungserklärung am 28.10.1969 „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Damit forderte er einen Ausbau der Mitbestimmung, eine Modernisierung der Gesellschaft und eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Aussage gilt nach wie vor.

Wenn man Demokratiebildung ernst nimmt und möchte, dass sich die Jugend von heute für die Belange unserer Gesellschaft interessiert und sich demokratisch engagiert, sollte man Möglichkeiten schaffen, die die Teilhabe an politischen Prozessen erhöhen. Das Öffnen der Landtagswahlen in Niedersachsen 2027 für Wählerinnen und Wähler ab 16 Jahren würde bei einer recht überschaubaren Erhöhung der Wählerschaft einen großen Schritt für die demokratische Teilhabe junger Menschen bedeuten und bei den Kommunalwahlen geht es ja auch. Ob dies politisch gewollt ist, entscheiden letztlich die Parteien. Es lohnt sich auf jeden Fall, darüber nachzudenken.

Ich verbleibe mit kollegialen Grüßen

Dr. Christoph Rabbow, Vorsitzender des PHVN

# Demokratie(braucht)Bildung

Von Christian Krakau



**D**emokratiebildung rückt zunehmend in den Fokus bildungspolitischer Aufmerksamkeit. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz hat in einer Stellungnahme vom 11. Juli 2024 darauf hingewiesen, dass demokratische Bildung in der Schule stärker verankert werden müsse, da der Rechtsstaat von unterschiedlichen Seiten unter Druck gerate und demokratische Selbstverständlichkeiten brüchig würden.

Zusätzliche Bedeutung gewinnt diese Forderung vor dem Hintergrund der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags- und Europawahlen, wodurch Jugendliche früher als bislang zu aktiver politischer Beteiligung aufgefordert werden. Es wachsen also die Erwartungen an Schule als zentrale Bildungsinstitution, weil sie alle Heranwachsenden unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erreicht. Zugleich kann sie politische Urteilsfähigkeit nicht voraussetzen, sondern muss bei deren Entwicklung systematisch unterstützen – und dies auf eine Weise, dass sie Wissen, Reflexion und Verantwortungsbewusstsein fördert, ohne in bloße Aktivierung oder normative Überwältigung zu verfallen. Dieser Anspruch verlangt begriffliche Präzision, pädagogisch-didaktische Klarheit und fachunterrichtliche Verlässlichkeit.

## Begriffliche Schärfe ist erforderlich

In aktuellen bildungspolitischen Diskussionen wird der Demokratiebegriff nicht selten in einer Weise verwendet, die seinen eigentlichen Kern zu überlagern droht. Er erscheint dann nicht mehr primär als eine verfassungsrechtlich verankerte Herrschaftsform, die auf Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung (Art 20 GG) und Meinungsfreiheit (Art 5 GG) basiert, sondern als Träger eines umfassenden Bündels gesellschaftspolitischer Zielsetzungen. Bestimmte Vorstellungen aus einem Teil des politischen Spektrums – beispielsweise hinsichtlich Nachhaltigkeit, Diversität oder Gleichstellung – werden dabei nicht selten als unverzichtbare Bestandteile einer demokratischen Haltung angesehen.

Diese semantische Ausweitung ist jedoch zweifach problematisch. Erstens besteht die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung von Demokratiebildung, zweitens wird der Demokratiebegriff moralisch aufgeladen und verliert seine analytische Schärfe. Wenn etwa Spannungen zwischen Freiheit und Sicherheit, Gleichheit und Leistung oder Meinungsfreiheit und Diskri-

minierungsschutz nicht als politische Zielkonflikte thematisiert, sondern normativ entschieden werden, bedeutet dies für Schülerinnen und Schüler, weniger zu verstehen, wie Demokratie funktioniert, als vielmehr zu lernen, was sie denken sollen. Kritische Reflexion entsteht aber nicht durch die Übernahme vorgegebener Deutungen, sondern durch die argumentative Auseinandersetzung mit konkurrierenden Positionen.

Ähnliches ist für den Nachhaltigkeitsbegriff festzustellen: Ursprünglich aus der Forstwirtschaft des frühen 18. Jahrhunderts stammend und mit Blick auf den Holzabbau formuliert – es sollte nur so viel Holz geschlagen werden, wie durch planmäßige Aufforstung nachwachsen kann –, bezeichnete Nachhaltigkeit ein klar umrissenes, quantitativ und zeitlich bestimmtes Prinzip des Ressourcenerhalts, das auf langfristige Stabilität zielte und sich empirisch überprüfen ließ.

Heute wird der Begriff weit über diesen ursprünglichen Kontext hinaus verwendet. Er findet sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen: von „nachhaltigem Konsum“ über „nachhaltige Mobilität“ bis hin zu „nachhaltiger Lebensführung“, „nachhaltiger Personalpolitik“ oder sogar „nachhaltiger Kommunikation“. In vielen dieser Zusammenhänge bleibt jedoch unklar, woran Nachhaltigkeit konkret gemessen werden soll, ob bzw. welche Zielkonflikte bestehen und welche zeitlichen Rahmen gemeint sind. Der Begriff verliert damit seine analytische Präzision, wird dafür aber normativ aufgeladen.

Besonders deutlich wird diese Unschärfe im Bildungsbereich. Wenn etwa Lernverhalten, Schulentwicklung oder gar politische Einstellungen als „nachhaltig“ bezeichnet werden, ohne dass klar definiert ist, was hier erhalten, geschont oder langfristig gesichert werden soll, fungiert der Begriff eher als moralisches Gütesiegel denn als analytisches Konzept. Nachhaltigkeit erscheint dann als ein grundsätzlicher Positivbegriff, der Zustimmung einfordert, statt zur kritischen Auseinandersetzung anzuregen. Dadurch geht aber genau jene begriffliche Schärfe verloren, die nachhaltiges Denken ursprünglich auszeichnet.

## Demokratie ist mehr als ein formales Verfahren

In einem Interview mit der Tageszeitung Welt am 16.01.2018 antwortet die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes Susanne Lin-Klitzing



© Amaritha – Adobe Stock

auf die Frage, wie Demokratiebildung eigentlich funktioniert: „Schule bildet im Kleinen das ab, was Gesellschaft im Großen ist. Fast all das, was wir in der Demokratie an Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, das kann in der Schule eingeübt werden. [...] Die Regeln des Schulsystems sind die Regeln der Demokratie. Also: Man wertet niemanden ab, man beleidigt niemanden, man schlägt niemanden, um sich durchzusetzen. Wir leben eine positive Streitkultur. Jeder ist gleich viel wert. Dieser Konsens muss gelebt werden. Die Missachtung muss auch sanktioniert werden.“

Zu ergänzen ist, dass gelebte Demokratie – in der Gesellschaft und somit auch in der Schule – sich nicht in der Durchführung formaler Verfahren wie Wahlen oder Mehrheitsentscheidungen erschöpft. Sie ist ebenso auf demokratische Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen wie auf ein tragfähiges Verständnis ihrer institutionellen Voraussetzungen. Dazu gehört das Wissen um die Bedeutung der Gewaltenteilung, um die Funktion unabhängiger Gerichte, um die Rolle von Parlamenten und Medien sowie um Reichweite und Grenzen demokratischer Grundrechte. Demokratiebildung muss daher über die Vermittlung und Einübung von Abläufen hinausgehen und die Einsicht fördern, dass Freiheit,

Recht und Machtbegrenzung untrennbar miteinander verbunden sind.

### **Die besondere Bedeutung des Beutelsbacher Konsens'**

Politische Bildung ist ein anspruchsvoller Bildungs- und Erziehungsprozess, denn demokratische Mündigkeit ist kein natürlicher Ausgangspunkt, sondern ein Entwicklungsziel: „Jede Generation muss neu in Demokratie eingeführt werden“, stellt Susanne Lin-Klitzing fest. Anders ausgedrückt, muss politische Bildung zu einem reflektierten und verantwortungsvollen Umgang mit Freiheit und Gleichheit befähigen. Beide Begriffe gehören zum normativen Kern der Demokratie, stehen jedoch zueinander in einem dauerhaften Spannungsverhältnis. Mehr Freiheit kann Ungleichheiten verstärken, mehr Gleichheit kann Freiheitsräume begrenzen. Diese Zielkonflikte können nicht pädagogisch aufgelöst, sondern müssen demokratisch ausgehalten werden. Genau hier kommt dem Beutelsbacher Konsens als zentralem Orientierungsprinzip politischer Bildung in Deutschland besondere Bedeutung zu: Er schützt davor, politische Grundwerte pädagogisch zu verkürzen oder normativ festzuschreiben. Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung stellen sicher,

dass unterschiedliche demokratische Positionen und Perspektiven sichtbar sind und Schülerinnen und Schüler nicht zur Übernahme vorgegebener Deutungen gedrängt werden. Eine zentrale Aufgabe des Unterrichts ist es daher, Urteilskraft zu entwickeln.

### **Demokratiebildung ist eine gesamtschulische Aufgabe**

Demokratiebildung zeigt sich dort, wo politische Grundwerte argumentativ erschlossen und im offenen Diskurs reflektiert werden. Voraussetzung dafür ist Orientierungswissen, z. B. über politische Institutionen, Machtstrukturen und -konflikte, Interessenlagen, normative Grundlagen. Ohne dieses inhaltliche Fundament bleibt jeder Aufruf zu politischer Auseinandersetzung und Partizipation hohl. Denn erst auf der Grundlage politischer Fachkenntnisse kann Verantwortung entstehen – als reflektierte Entscheidung, nicht als moralische Verpflichtung. Wird dies ernstgenommen, muss man anerkennen, dass politisches Wissen nicht beiläufig oder auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt vermittelt werden kann, sondern dafür ein eigenes und dauerhaftes Ankerfach benötigt: Politik – auch und gerade in Verbindung mit wirtschaftlichen Grundfragen. Gerade dort, wo der politische Fachunterricht curricular geschwächt bzw. optionalisiert wird, verliert Demokratiebildung eben diesen Anker. Die in Niedersachsen im Rahmen der Reform der gymnasialen Oberstufe geplante Möglichkeit einer Abwahl des Faches Politik-Wirtschaft in der Einführungsphase läuft daher der Forderung der SWK nach stärkerer Fundierung demokratischer Bildung in der Schule zuwider.

Zugleich reicht fachlicher Unterricht allein nicht aus. Demokratiebildung ist eine Aufgabe der gesamten Schule – und damit aller Lehrkräfte. Diese müssen, unabhängig vom unterrichteten Fach, im Schulalltag darauf vorbereitet sein (und vorbereitet werden), auf Verschwörungstheorien, antisemitische Äußerungen oder die Relativierung von Grundrechten angemessen zu reagieren. Susanne Lin-Klitzing weist in ihrem Interview zu Recht auf die Problematik hin, dass das Grundgesetz und seine Grundrechte in der Lehrerbildung bislang oft nur am Rande vorkommen. Dabei müssten sie einen selbstverständlichen Kernbestandteil jeder Aus- und Fortbildung von Lehrkräften bilden. Wer Demokratie vermitteln sollte, müsse die verfassungsrechtlichen Grundlagen kennen, ihre Schutzfunktion verstehen und sie im schulischen Alltag argumentativ vertreten können. Demokratiebildung braucht daher nicht nur Zeit im Stundenplan, sondern auch eine systematische Qualifizierung derjenigen, die sie umsetzen.

### **Demokratiebildung heißt Extremismusprävention**

Demokratiebildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Prävention extremistischer Haltungen – gerade, weil sie nicht moralisierend oder indoktrinierend verfährt. Wenn Schülerinnen und Schüler im alltäglichen schulischen Miteinander erfahren und praktizieren, dass Konflikte ohne Gewalt lösbar sind, die eigene Meinung geäußert werden darf, andere Meinungen gehört werden müssen, Macht begrenzt und kontrolliert werden kann, Niederlagen kein Weltuntergang und Kompromiss kein Verrat, sondern ein zentrales demokratisches Kunststück ist, nimmt dies extremistischen Ideologien – von links, von rechts und/oder religiös-fundamentalistisch – bereits im Ansatz den Nährboden. Denn alle drei eint, dass sie das Prinzip der relativen, d.h. aushandelbaren Wahrheit, das das Herzstück der liberalen Demokratie darstellt, ablehnen.

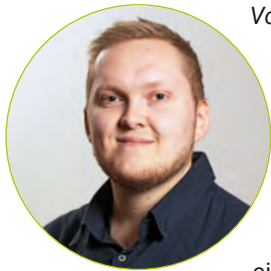
Wirksame Prävention setzt daher auf politische Bildung, die Wissen vermittelt, Kontroversen offenlegt und Ambivalenzen aushält. Wer gelernt hat, zwischen legitimer Kritik und demokratiefeindlicher Ideologie zu unterscheiden, ist weniger anfällig für radikale Vereinfachungen. Extremismusprävention ist damit kein Zusatzauftrag, sondern integraler Bestandteil demokratischer Bildung.

### **Fazit**

Demokratiebildung ist unverzichtbar – sie erschöpft sich jedoch weder in wohlklingenden Leitbildern noch in fachübergreifenden Absichtserklärungen. Sie verlangt begriffliche Klarheit, institutionelle Verlässlichkeit und pädagogische Zurückhaltung. Wer Demokratiebildung ernst meint, muss ihr auch curricular und strukturell einen festen – und vor allem dauerhaften – Platz in der Schule einräumen. Dazu gehört zwingend, dass der Unterricht im Fach Politik-Wirtschaft nicht gekürzt oder zur Disposition gestellt, sondern gerade auch in der gymnasialen Oberstufe fortgeführt und gestärkt wird. Gleiches gilt für jene Fächer, die in besonderer Weise zur Urteilsbildung, Wertklärung und weltanschaulichen Orientierung beitragen: Geschichte, Geographie, Religion, Philosophie sowie Werte und Normen. In ihnen werden zentrale Fragen von Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Menschenwürde reflektiert, ohne die demokratische Mündigkeit nicht denkbar ist. Eine solche Stärkung schließt die qualifizierte Aus- und Fortbildung der entsprechenden Lehrkräfte ausdrücklich ein.

***Demokratie braucht Bildung – und Bildung braucht Zeit, Verbindlichkeit und Tiefe!***

# Demokratiebildung im Schulalltag: Wie wir Politik in die Klassenzimmer holen sollten



Von Jonas Riebeling

## Politik erlebbar machen

Demokratiebildung ist mehr als ein Unterrichtsthema: Sie lebt vom direkten Austausch, von Begegnungen und von der menschlichen Erfahrung. Kaum eine Veranstaltung bleibt so gut bei Schülern erhalten wie eine passionierte Rede von konkreten und aktuellen Vorhaben eines gewählten Politikers vor Ort in der eigenen Schule.

Viele Lehrkräfte zögern jedoch, Politiker oder politische Formate in die Schule einzuladen – sei es aus Unsicherheit über rechtliche Rahmenbedingungen oder aus Sorge, die Neutralitätspflicht zu verletzen. Dabei gibt es zahlreiche niedrigschwellige Möglichkeiten, Politik greifbar zu machen – und viele davon sind einfacher umsetzbar, als man denkt.

## Mythos: „Vor Wahlen dürfen keine Politiker in die Schule eingeladen werden“

Ein hartnäckiges Gerücht hält sich in vielen Kollegien: Im Vorfeld von Wahlen sei es verboten, Politiker in die Schule einzuladen. Das ist falsch. Die Neutralitätspflicht der Schule bedeutet nicht, dass politische Bildung tabu ist. Im Gegenteil: Gerade vor Wahlen ist es besonders wertvoll, wenn Schüler die Positionen verschiedener Parteien kennenlernen – etwa im Rahmen einer Podiumsdiskussion, zu der alle im Parlament vertretenen Parteien eingeladen werden. Wichtig ist nur, dass die Einladung neutral erfolgt und alle relevanten Akteure die Chance auf Teilnahme erhalten. So wird die Diskussion zur Übung in Meinungsvielfalt und Urteilsbildung.

## Landtagsabgeordnete zu Besuch: Politik zum Anfassen

Ein besonders wirksames Format ist der Besuch einzelner Landtagsabgeordneter im Unterricht. Viele Abgeordnete sind bereit, über ihre Arbeit im Parlament zu berichten und sich den Fragen der Schülerinnen und Schüler zu stellen. Der Vorteil: Die Jugendlichen erleben Politiker nicht als ferne „da oben“, sondern als normale Menschen mit Überzeugungen und auch Zweifeln. Das bricht Vorurteile ab und zeigt, dass politische Teilhabe für alle möglich ist. Die Kontaktaufnahme ist meist unkompliziert: Über die Websites der Landtagsfraktionen oder direkt per E-Mail lassen sich Termine vereinbaren.



An dieser Stelle sei erwähnt, dass Schulen darauf achten sollen, dass langfristig gesehen keine Partei bevorzugt wird, sondern dass Einladungen an Politikern aus unterschiedlichen Parteien erfolgen. Trotzdem verstößt es nicht gegen das Neutralitätsgebot, wenn zu einer Veranstaltung nur ein Mitglied einer Partei eingeladen wird, wenn dafür bei zukünftigen Veranstaltungen auch andere Parteien „zum Zug kommen“.

Genauere Infos: 



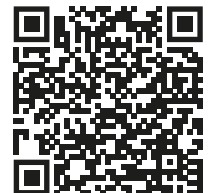
## Exkursionen in den Landtag und Bundestag – inklusive Fahrtkostenerstattung

Noch intensiver wird das Erlebnis, wenn Schülerinnen und Schüler selbst vor Ort sind. Sowohl der Niedersächsische Landtag in Hannover als auch der Deutsche Bundestag in Berlin bieten kostenlose Besuchsprogramme für Schulklassen an. Im Landtag können Gruppen an Plenarsitzungen teilnehmen, mit Abgeordneten ins Gespräch kommen oder an Workshops zur politischen Bildung teilnehmen. Ähnliches gilt für den Bundestag, wo neben Führungen auch Rollenspiele oder Gespräche mit Abgeordneten möglich sind. Wichtig zu wissen: Bei rechtzeitiger Beantragung werden Teile der Fahrtkosten für Schulklassen übernommen.

## Fazit: Demokratie braucht Begegnung

Demokratiebildung gelingt am besten, wenn sie nicht nur theoretisch bleibt. Podiumsdiskussionen, Abgeordnetengespräche und Exkursionen schaffen eben diese Räume, in denen Schülerinnen und Schüler Politik als gestaltbaren Prozess erleben. Die Hürden sind oft kleiner, als man denkt – und die Wirkung auf das politische Interesse der Jugendlichen ist groß. Probieren Sie es aus!

Links zur Planung: 



Landtagsbesuch



Bundestagsbesuch

Oder nehmen Sie Kontakt zu dem Büro Ihres Landtags- oder Bundestagsabgeordneten auf.

# Demokratiebildung als lebendiges Prinzip – Warum sie mehr ist als Fachunterricht

Interview mit Kathleen Arand – Fachberaterin Demokratiebildung am RLSB Braunschweig  
Für GiN fragt Jonas Riebeling



## Was macht Demokratiebildung aus – und wie unterscheidet sie sich vom klassischen Politikunterricht?

Demokratiebildung und Politikunterricht müssen gemeinsam gedacht werden, setzen die Schwerpunkte jedoch etwas unterschiedlich. Dabei stellt der Politikunterricht aber immer eine zentrale Säule der Demokratiebildung dar. Der Politikunterricht befähigt Schülerinnen und Schüler dazu, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, reflektierte Urteile zu bilden und verantwortungsvoll sowie demokratisch zu handeln. Politische Bildung vermittelt Wissen über Politik, gesellschaftliche Strukturen, Werte und Entscheidungsprozesse – sie liefert also das notwendige Verständnis.

Demokratiebildung geht darüber hinaus und setzt früher an. Sie bedeutet, Lernende an Entscheidungen zu beteiligen, in Aushandlungsprozesse einzubinden und Verantwortung übernehmen zu lassen, um so Selbstwirksamkeit zu erleben. Demokratiebildung zielt dabei auf Zukunftskompetenzen ab: auf kritische Urteilsfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Toleranz. Es geht darum, dass Lernende nicht nur ihre Rechte kennen, sondern auch lernen, sie aktiv wahrzunehmen und eigene Interessen zu vertreten. Demokratie muss als handlungsleitendes Prinzip erlebbar sein – und das beginnt bereits in der Grundschule.

Ein Beispiel: Es gibt Grundschulen, in denen Kinder Wahlplakate für die Wahl von Klassen- oder Schulsprechern gestalten. Hier wird Demokratie nicht nur theoretisch besprochen, sondern praktisch gelebt. Politische Bildung, etwa das Kennenlernen der Partizipationsmöglichkeiten, demokratischer Verfahren oder politischer Prozesse, kommt später hinzu. Doch der Grundstein wird gelegt, indem Kinder erfahren: Meine Stimme zählt.

## Gibt es noch weitere konkrete Beispiele gerade für jüngere Schülerinnen und Schüler, wie Demokratiebildung umgesetzt wird?

Ja, zahlreiche! In vielen Schulen werden bereits AG-Angebote demokratisch abgestimmt oder es finden AG-Angebote zu den Kinderrechten statt. Außerdem können Kinder Projekte vorschlagen und Lehrkräfte binden diese Wünsche in den Schulalltag ein – etwa bei der Schulhofgestaltung, der Auswahl des Essens oder der

Pausengestaltung. Selbst die Wahl der Wandfarbe im Klassenzimmer kann zum demokratischen Prozess werden. Solche Erfahrungen zeigen: Die Meinung der Kinder hat Gewicht, und gemeinsame Entscheidungen prägen das Umfeld. Wichtig ist dabei immer, die Personen an einem Prozess zu beteiligen, die von den Auswirkungen der Entscheidungen direkt betroffen sind.

## Wie lässt sich Demokratiebildung im Referendariat verankern – ohne die ohnehin hohe Belastung der Lehramtsanwärter zu erhöhen?

Demokratiebildung ist weniger ein zusätzliches Thema als vielmehr ein Prinzip, das den Unterricht durchdringen sollte. Es geht nicht darum, etwas „obendrauf“ zu packen, sondern darum, bestehende Formate bewusst zu nutzen. Im Seminar wird oft schon mit partizipativen Methoden gearbeitet, etwa durch die Einbindung der Lernenden in die Stundenplanung. Die zentrale Frage lautet: Was sollen die Schülerinnen und Schüler können, wenn es die Schule verlassen und wie kann ich in meiner Stunde dazu beitragen?

Auch in stärker lehrkraftzentrierten Unterrichtsphasen lässt sich Demokratiebildung umsetzen, indem Gespräche angeregt, Feedback eingeholt oder gezielt Konflikte thematisiert werden. Manchmal reicht es schon, Lernende bewusst herauszufordern, indem man sie auffordert, eine gegenteilige Position zu vertreten. Demokratiebildung bedeutet also nicht zwingend Projektunterricht, es geht darum, an den richtigen Stellenschrauben zu drehen.

Ergänzend dazu ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler Selbstwirksamkeit durch demokratisches Handeln erleben. Partizipation und Mitbestimmung im Unterricht spielen dabei ebenso eine zentrale Rolle. Eine Möglichkeit besteht z.B. darin, Lernende eigene Forscherthemen wählen zu lassen. Zu diesen Themen können sie allein oder in Gruppen arbeiten, recherchieren und anschließend ihre Ergebnisse in einem Vortrag vorstellen. Auch kleinere Unterrichtseinheiten können von Schülerinnen und Schülern selbst vorbereitet und anschließend mit der Klasse durchgeführt werden. Dadurch lernen sie, Verantwortung zu übernehmen, sich in andere hineinzuversetzen und ihre eigenen Stärken wahr-

zunehmen und auszubauen. Diese Erfahrungen fördern wiederum Selbstwirksamkeit und eine stärkere Identifikation mit dem Unterricht. Auch das selbstgesteuerte, individualisierte Lernen, etwa mithilfe von individuellen Arbeitsplänen, fördert demokratische Kompetenzen. Die Schülerinnen und Schüler müssen Entscheidungen treffen, was sie wann und in welchem Tempo lernen, müssen lernen zu formulieren, was sie für ihren individuellen Lernprozess benötigen und dies auch kommunizieren.

---

**Wie können Fächer wie Mathematik, Physik oder Sport Demokratiebildung integrieren?**

Demokratiebildung ist kein exklusives Thema für Politik oder Werte und Normen. Auch im Mathematikunterricht lässt sich etwa die Verantwortungsübernahme u.a. in Gruppenarbeiten üben – wer übernimmt z.B. die Rolle des Zeitwächters? Ein gutes Beispiel ist auch das Konzept des Thinking Classroom: Lernende können ihre Lösungswege gemeinsam in jeweils unterschiedlichen Zusammensetzungen erarbeiten, vergleichen und diskutieren. Solche Formate fördern nicht nur fachliche, sondern auch soziale Kompetenzen. Auch hier können die Schülerinnen und Schüler echte Selbstwirksamkeit erleben und Verantwortung übernehmen.

Im Sport können zum Beispiel Regeln gemeinsam ausgehandelt werden. Wichtig ist, dass Lernende lernen, Kompromisse zu schließen und andere Perspektiven zu akzeptieren. Sprachliche Fähigkeiten spielen dabei eine zentrale Rolle, gerade in Zeiten verkürzter Kommunikation durch Textnachrichten oder KI.

---

**Sollte es ein eigenständiges Fach „Demokratiebildung“ geben – oder ist die Verteilung auf alle Fächer sinnvoller?**

Ich plädiere für eine fachübergreifende Verankerung. Demokratiebildung ist ein sozialer Prozess, der nicht in 45 Minuten pro Woche gelernt wird. Natürlich gibt es „Ankerfächer“ wie Politik, aber Demokratiebildung muss in allen Fächern gelebt werden. Es geht um Akzeptanz, demokratische Handlungskompetenzen wie das Aushalten unterschiedlicher Meinungen und die Förderung des kritischen Denkens und der Urteilsfähigkeit – und das lernt man nicht im isolierten Unterrichtsfach, sondern im täglichen Miteinander.

---

**Welche Rolle spielt dabei der Klassenrat?**

Der Klassenrat ist ein hervorragendes Instrument, um soziales Miteinander zu üben und echte Mitbestimmung zu stärken. Lernende lernen, ihre Angelegenheiten selbstständig zu bearbeiten, etwa bei der Planung eines Wandertags oder dem Überprüfen der Klassenregeln. Da der Klassenrat eine systematische Beteili-



Kathleen Arand

gung ermöglicht, reduziert er damit nicht nur Konfliktpotenzial und befördert ein positiveres Klassenklima, sondern durch eine Verzahnung mit der Schülervertretung ermöglicht er, Anliegen aus den Klassen direkt in einer breiteren Schulgemeinschaft oder an Gremien, z.B. den Schulvorstand heranzutragen. Zudem erhalten Lehrkräfte oft ein besseres Bild von der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler.

Der Klassenrat bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung ihrer eigenen Schulkultur mitzuwirken. Im Klassenrat können beispielsweise Ausflüge geplant, Ideen für Klassenfahrten gesammelt oder gemeinsame Projekte entwickelt werden. Auf diese Weise erleben die Lernenden, dass ihre Ideen gehört werden und sie ihre schulische Umgebung tatsächlich mitgestalten können.

Darüber hinaus bieten der Klassenrat sowie übergeordnete Gremien wie der Schülerrat oder andere Beteiligungsformate die Möglichkeit, Kommunikation mit weiteren schulischen Gremien zu üben, etwa mit der Schulleitung oder dem Schulvorstand. Schülerinnen und Schüler lernen dabei, ihre Anliegen zu formulieren, Positionen zu vertreten und demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten. Wenn ihre Beiträge ernst genommen und weitergetragen werden, erleben sie, dass sie auf Augenhöhe gehört werden. Auch hier zeigt sich, dass Demokratiebildung stark mit einer Haltung verbunden ist: Lernende werden als aktive Mitgestaltende von Schule verstanden.

---

**Was möchten Sie unseren Lesern noch mitgeben?**

Demokratiebildung ist kein „Extra“, sondern eine Haltung. Sie gelingt, wenn Lehrkräfte bewusst Räume schaffen, in denen Lernende Mitgestaltung erleben – sei es durch kleine Entscheidungen im Klassenzimmer oder durch große Projekte. Der Schlüssel liegt darin, Demokratie nicht nur zu lehren, sondern sie jeden Tag vorzuleben.

# Beutelsbacher Konsens – Perspektivenvielfalt heißt nicht Wertneutralität

Von Christian Krakau

Der Beutelsbacher Konsens gilt seit den 1970er-Jahren als zentraler Orientierungspunkt politischer Bildung in Deutschland. Er formuliert zunächst den Grundsatz des Überwältigungsverbots, welches verhindern soll, dass Schülerinnen und Schüler durch fachliche Autorität, moralischen Druck oder einseitige Darstellungen auf bestimmte politische Überzeugungen und/oder Haltungen festgelegt werden. Anders ausgedrückt zielt dieses Prinzip auf den Schutz der freien Urteilsbildung.

Nach dem Kontroversitätsgebot – dem zweiten Prinzip des Beutelsbacher Konsenses – müssen politische und wissenschaftliche Kontroversen so behandelt werden, wie sie in der Realität sind: strittig! Wo es unterschiedliche Positionen und Interessen gibt, müssen diese auch im Klassenzimmer sichtbar werden, ohne Scheinkontroversen zu konstruieren.

Drittens folgt politische Bildung dem Grundsatz der Schülerorientierung. Unter Anknüpfung an die Lebenswirklichkeit junger Menschen soll die Schule ein Ort sein, der befähigt, nicht aber bevormundet. Schülerinnen und Schüler sollen erkennen, ob bzw. inwiefern politische Entscheidungen sie betreffen und davon ausgehend eigene begründete Standpunkte entwickeln und vertreten.

Zusammengenommen zielen alle drei Prinzipien darauf ab zu lernen, wie man sich eine (politische) Meinung bildet, und nicht, welche Meinung man haben sollte. Nicht Belehrung ist also das Anliegen, sondern Befähigung, klar in der Sache, offen in der Diskussion und orientiert an den Schülerinnen und Schülern.

Gerade in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften kommt dem Beutelsbacher Konsens daher eine zentrale Bedeutung zu. Er dient nicht nur als didaktischer Leitfaden für die Planung und Durchführung politischen Unterrichts, sondern auch als professioneller „Rahmen“, um die Grenzen zwischen legitimer normativer Orientierung und unzulässiger Beeinflussung zu reflektieren.

Zugleich zeigt sich jedoch, dass diese fachlich differenzierte Festlegung außerhalb der Hörsäle und Lehrerzimmer oftmals verkürzt wiedergegeben wird. In der öffentlichen – und teilweise auch parteipolitisch geprägten – Debatte wird

der schulischen Bildung nicht selten ein grundsätzliches Neutralitätsgebot zugeschrieben, aus dem dann wiederum die Erwartung abgeleitet wird, Lehrkräfte müssten auf jede wertende Positionierung verzichten und politische Inhalte parteilos vermitteln.

Diese Deutung wird häufig mit Bezugnahme auf den Beutelsbacher Konsens vertreten, verkennt jedoch die rechtlichen Grundlagen schulischer Bildung. Ausgangspunkt staatlichen Handelns ist die Bindung aller staatlichen Gewalt an die verfassungsmäßige Ordnung. Auch Schule und Unterricht sind Teil dieses staatlichen Handelns und daher stehen sie unter dem Vorbehalt der Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der Grund- und Menschenrechte, darunter insbesondere die Menschenwürde. Der Beamtenstatus der Lehrkräfte und der damit verbundene Dienstesid auf die Landesverfassung sind Ausdruck und rechtliche Konkretisierung dieser Bindung, aus der sich folglich kein Gebot politischer Wertneutralität ableiten lässt, sondern vielmehr die Verpflichtung zur Wahrung und Vermittlung der verfassungsrechtlichen Grundprinzipien.

Eine vollständig wertneutrale politische Bildung wäre dagegen weder rechtlich möglich noch pädagogisch-didaktisch angezeigt, da sie ihre eigenen Voraussetzungen verschleiern würde. Wertneutralität würde dann bedeuten, auf jede normative Orientierung zu verzichten, also z. B. auch auf die Prinzipien von Demokratie, Menschenwürde oder Rechtsstaatlichkeit als Bezugspunkte, was jedoch dem Bildungsauftrag der Schule in § 2 NSchG widerspräche.

Zusammengefasst heißt das: Schule ist kein wertfreier Raum, sondern ein Ort der Vermittlung und Einübung demokratischer Grundwerte. Politische Bildung findet innerhalb eines normativen Rahmens statt, der durch die in der Verfassung niedergelegten demokratischen Prinzipien und Grundrechte vorgegeben ist, ohne dabei in parteipolitische Beeinflussung abzugleiten. Der Beutelsbacher Konsens schützt dabei Schülerinnen und Schüler vor Indoktrination, nicht vor Orientierung. Lehrkräfte dürfen und sollen somit normative Grundlagen transparent machen, ohne jedoch eine bestimmte politische Meinung vorzugeben.



## Drei Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsens



### Überwältigungsverbot

Keine Indoktrination  
Urteilsfreiheit wahren



### Kontroversitätsgebot

Gegensätzliche  
Positionen darstellen



### Partizipationsgedanke

Zur politischen  
Teilhabe befähigen

Statt auf Wertneutralität zielt der Konsens vielmehr auf die Ermöglichung von Perspektivenvielfalt ab, auf das Sichtbarmachen unterschiedlicher Interessen, Deutungen und Lösungsansätze und damit auf die Erkenntnis, dass politische Fragen selten eindeutige Antworten haben und demokratische Entscheidungsprozesse von konkurrierenden Positionen leben. Diese Forderung bezieht sich jedoch ausdrücklich auf sogenannte reale Kontroversen, die tatsächlich im politischen Streit und/oder in der demokratischen Öffentlichkeit (oder in der Fachwissenschaft) geführt werden und auf unterschiedlichen, jeweils begründbaren Positionen beruhen. Sie unterscheiden sich damit von konstruierten oder vorgeschobenen Gegensätzen, die weder fachlich noch normativ tragfähig sind, weil sie z.B. außerhalb des grundgesetzlichen Wertehorizonts liegen. Der Beutelsbacher Konsens verlangt folglich nicht, jede Position unabhängig von ihrer fachlichen Fundierung oder ihrer Vereinbarkeit mit demokratischen Grundwerten gleichberechtigt nebeneinanderzustellen. Perspektivenvielfalt ist daher kein Synonym für Beliebigkeit, sondern an fachliche Qualität und verfassungsrechtliche Prinzipien gebunden.

Um die Unterscheidung von Wertneutralität und Perspektivenvielfalt zu veranschaulichen, bietet sich ein exemplarischer Blick auf die unterrichtliche Auseinandersetzung mit den politischen,

ökonomischen und sozialen Herausforderungen des anthropogenen Klimawandels an. Dessen Existenz ist ein breit belegter wissenschaftlicher Konsens; ihn im Politikunterricht als „Meinung unter vielen“ zu behandeln oder leugnende Theorien gleichwertig gegenüberzustellen, würde eine falsche Kontroverse erzeugen und sowohl dem Fachanspruch als auch dem Kontroversitätsgebot widersprechen.

Perspektivenvielfalt zeigt sich hier nicht in der Frage, ob es den Klimawandel gibt, sondern in der politischen Auseinandersetzung darüber, wie Staat, Gesellschaft oder Wirtschaft darauf reagieren sollen. Folgende Aspekte werden beispielsweise strittig diskutiert:

- staatliche Regulierung oder marktwirtschaftliche Instrumente zur Reduktion von CO<sub>2</sub>,
- nationale Alleingänge oder internationale Abkommen,
- wirtschaftliches Interesse oder ökologische Verantwortung (Zielkonflikte),
- Technologien und Klimaschutz (u.a. Problematik der Atomkraft),
- Klimaschutz und Versorgungssicherheit,
- Zumutbarkeit von mit dem Klimaschutz verbundenen sozialen Lasten,
- Zeitlicher Rahmen der Umsetzung klimaschützender Maßnahmen.

Diese Konfliktlinien sind politisch real, demokratisch legitim sowie didaktisch und inhaltlich nutzbar.

Bezogen auf den Unterricht in einer 10. Klasse bedeutet dies konkret: Der wissenschaftliche Konsens wird als fachliche Grundlage gesetzt, nicht als Diskussionsgegenstand, d.h. die Leugnung des Klimawandels kann auch thematisiert werden, jedoch eingeordnet als Position außerhalb des wissenschaftlichen Einvernehmens. Damit würde keine Meinung unterdrückt und zugleich fachliche Orientierung gegeben.

Auf dieser Basis eröffnen sich vielfältige Anknüpfungspunkte für politische Urteilsbildung. Schülerinnen und Schüler können beispielsweise in einem Rollenspiel unterschiedliche Akteure eines Klimagipfels vertreten, die miteinander Lösungen auf (inter-)nationaler Ebene aushandeln. Oder sie analysieren Interessen, Zielkonflikte und ökonomische Auswirkungen politischer Maßnahmen anhand realer Gesetzesvorschläge, ohne auf eine „richtige“ Lösung festgelegt zu werden. Die normative Rahmung wird dabei transparent gemacht, etwa durch den Verweis auf Artikel 20a des Grundgesetzes, der den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel formuliert. Diese verfassungsrechtliche Vorgabe definiert einen gemeinsamen demokratischen Bezugspunkt und bildet die Voraussetzung dafür, dass unterschiedliche politische Positionen zum

Klimaschutz legitim, begründbar und miteinander streitbar werden.

Gleichzeitig gilt es, das Überwältigungsverbot konsequent zu beachten. Moralischer Druck, Schuldzuweisungen oder eine implizite Erwartung im Hinblick auf politischen Aktivismus widersprechen dem Konsens ebenso wie offene Indoktrination. Ziel ist nicht die Übernahme eines bestimmten politischen Auftrags, sondern der notwendige Prozess des Abwägens.

Der Beutelsbacher Konsens fordert eine politische Bildung, die plural, kritisch und demokratisch ist – aber nicht wertfrei. Perspektivenvielfalt heißt, kontroverse Positionen sichtbar zu machen; Wertneutralität hieße, auf Orientierung zu verzichten. Gerade das Beispiel der schulischen Auseinandersetzung mit den Folgen des Klimawandels zeigt, dass politische Bildung wissenschaftliche Erkenntnisse und demokratische Werte klar benennen muss, um unterschiedliche Positionen und Lösungsansätze sachgerecht sichtbar zu machen und im Unterricht kontrovers diskutieren zu können.

Politikunterricht hat damit nicht die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zu bestimmten politischen Haltungen zu erziehen, sondern sie zu befähigen, Mündigkeit zu entwickeln, damit sie in einer immer komplexer werdenden Welt informiert, reflektiert und verantwortungsvoll urteilen – und handeln! – können.

## Aus der Schulpraxis: Goethes Demokratie-Navigator

Diana Frenkel, Leiterin des Gymnasialzweigs und Ines Zemkalis,  
Didaktische Leiterin der Goetheschule-KGS Barsinghausen

*„Wer mit wachen Augen in unsere Welt blickt, der muss zur Kenntnis nehmen: Die Demokratie ist kostbar, aber sie ist auch zerbrechlich. Sie hat Feinde. Und deshalb braucht sie Freunde und Verbündete, die sie wertschätzen, die sich ganz praktisch für sie engagieren und sie verteidigen. Demokratie fällt uns nicht einfach nur zu. Sie ist in einer Welt, in der es eine Tendenz zu Schwarz-Weiß-Denken gibt, auch nicht so leicht zu verstehen – in ihrer Komplexität, mit ihren Verfahren, mit ihren Regeln und ihren Ergebnissen. Man muss sie einüben, am besten, indem man experimentiert. Und vielleicht bekommt man dann auch Lust, mitzumachen, sich zu engagieren.“*

(Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede bei der Verleihung des deutschen Schulpreises in Berlin am 30.09.2025, Hervorhebungen durch die Autorinnen)

In dem Magdeburger Manifest der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) von 2005 (Gründungsmanifest) wird Demokratie als historische Errungenschaft herausgestellt. Sie ist das Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Erziehung

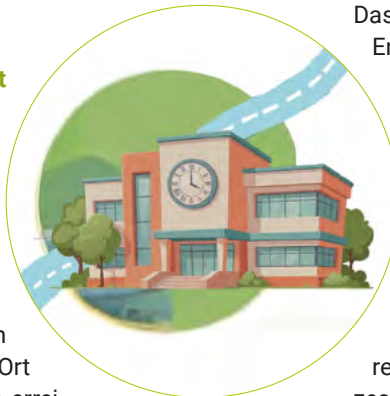
und deshalb eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung. Demokratie kann und muss individuell und gesellschaftlich gelernt werden. Demokratie zu lernen und zu leben ist voneinander nicht zu trennen. Demokratie lernen ist eine lebenslange Aufgabe. Die Schülerinnen



und Schüler müssen heute in Bereichen kompetent gemacht werden, die sie später benötigen werden – dazu müssen wir für sie Erfahrungsräume öffnen, in denen sie für die Zukunft lernen können.

**Gemäß dem Konzept der Student Agency der OECD von 2019 benötigt eine demokratische Gesellschaft**

**Menschen**, die Teilhabe aktiv gestalten und selbstbestimmt agieren, die Partizipationserfahrungen haben und diese einbringen können. Damit werden Lernende als Teil der gegenwärtigen und besonders der zukünftigen Gesellschaft begriffen und Schule als Ort gelebter Erfahrung verstanden, der alle erreichen kann und an dem alle Jugendlichen Demokratie erleben können und sollten.



Die Basis für erlebte Demokratie in der Schule liegt in einer grundsätzlich freiheitlichen Haltung im Schulalltag. Diese beinhaltet unter anderem ein offenes Unterrichtsklima, die Schaffung von echten und verbindlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten im Unterricht, regelhafte, repressionsfreie Feedbackmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler, die Unterstützung selbstbestimmter Lernprozesse und die Möglichkeit für die Schülerinnen und Schüler, in verschiedenen Bereichen Verantwortung zu übernehmen.

Gefragt sind also reale Mitbestimmungserfahrungen im unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bereich und das Gefühl echter (politischer) Selbstwirksamkeit. Die Mitbestimmungserfahrungen müssen dabei über bloße organisatorische Details hinausgehen und kooperative und transparente Wirksamkeitserfahrungen bei konkreten Schulentscheidungen beinhalten. Lernenden, die sich in der Schule engagieren wollen, muss wertschätzend vermittelt werden, dass ihr Engagement gesehen wird und von der Schulgemeinschaft auch gewollt ist.



Wichtig ist dabei gleichermaßen die offene und kritische Auseinandersetzung mit aktuell bedeutsamen Themen für das eigene Umfeld (Schule, Kommune) wie auch mit politischen und gesellschaftlichen Themen, deren Relevanz für die Schülerinnen und Schüler es zu entdecken und zu begreifen gilt.

Auch im außerschulischen Rahmen ist für die Jugendlichen die Möglichkeit tatsächlicher Partizipation und Wirksamkeit bedeutsam. Schülerinnen und Schüler werden damit befähigt, einen

angemessenen Perspektivwechsel vornehmen zu können, Kreativität und eigene Ideen zu entwickeln, diese einzubringen und über diesen Weg ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zu erweitern. Das (wiederkehrende) Erlebnis demokratischer Entscheidungsfindung und ihrer erfolgreichen Umsetzung ist von höchster Bedeutung, um individuellen wie auch gesellschaftlichen Tendenzen, die schnelle und „von oben verordnete“ – sprich: autoritäre – Entscheidungen als zielführend ansehen, nachhaltig vorzubeugen und ihnen entgegenzuwirken.

Grundlage für gelebte Demokratie an unserer Schule sind die Ergebnisse der Lernprozesse im demokratischen Miteinander der Schülerinnen und Schüler im Schulalltag. Dabei soll den Schülerinnen und Schülern bewusst werden, was Demokratie bedeutet, wie sie sich selbst zu demokratisch handelnden Menschen entwickeln können, was sie für sich aus dieser Entwicklung mitnehmen können. Sie sollen den Wert demokratischen Handelns und demokratischer Partizipation erfahren und dieses selbstwirksam umsetzen können.

Auch nach der Veröffentlichung des Erlasses „Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie Schulen in freier Trägerschaft“ im Jahr 2021 arbeitet die Goetheschule – KGS Barsinghausen weiter daran, Goethes Demokratie-Navigator zu erstellen, fortzuschreiben und mit Leben zu füllen. Ziel ist es, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler am Ende der Sekundarstufe I als mündige Mitglieder der Gesellschaft entlassen. Alle besuchten Demokratieerlebnis-Angebote werden ähnlich wie beim Berufswahlpass in Form des Portfolios Goethes Demokratie-Navigator dokumentiert und begleiten die Schülerinnen und Schüler auf ihrem weiteren Entwicklungsweg.

Als jahrgangsübergreifende Angebote bietet unsere Schule in diesem Rahmen für die Schülerinnen und Schüler aller Jahrgänge der Sekundarstufe I das Mitwirken in der Schülervertretung der Schule, in den Klassen- und Fachkonferenzen, in der Gesamtkonferenz sowie in der AG Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage an. Auch in der regelmäßigen Entwicklung der Unterrichtsqualität bringen die Schülerinnen und Schüler ihr Feedback ein. (Unterrichtsdiagnostik mit EMU nach Andreas Helmke)

Zusätzlich zum grundsätzlichen demokratischen Miteinander im Schulalltag und den jahrgangs- sowie schulzweigübergreifenden Angeboten zur

Demokratiebildung und Partizipation der Schülerinnen und Schüler haben wir für die unterschiedlichen Jahrgänge des Sekundarbereiches I in allen Schulzweigen exponierte Demokratieerlebnis-Angebote entwickelt:

Für die Schuljahrgänge 5 bis 7 haben wir an unserer Schule dafür den verbindlichen Rahmen durch die Angebote von Lions-Quest und Klassenrat (z.B. überlegte Ich-Botschaft, Erfahrung von Respekt und Gegenseitigkeit geprägter Klassengemeinschaft, Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der Klasse) gesetzt.

Freiwillige Schülerpatinnen und -paten und Medienscouts aus dem 10. Jahrgang übernehmen Verantwortung und werden selbstwirksam, indem sie die neuen Schülerinnen und Schüler aus dem 5. Schuljahrgang im integrativen und inklusiven Schulalltag begleiten und sie „peer-to-peer“ in der Entwicklung von Medien- und Alltagskompetenz und von Konsummündigkeit unterstützen und stärken.

Die Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 5 und 6 besuchen das Haus der Religionen in Hannover, ein interreligiöses Bildungs- und Veranstaltungszentrum, in dem sich neun Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zusammengeschlossen haben und gemeinsam für eine Haltung des Interesses, des Respekts und der Achtung des Anderen eintreten.

In Kooperation mit dem Verein Politik zum Anfassen e.V. gibt es für diese beiden Jahrgänge im Rahmen einer Mitmachausstellung ein 3-Tages-Projekt, in dem mit unterschiedlichen altersgerechten und handlungsorientierten Mitmachaktionen Lust auf Demokratie vermittelt wird. Hier wird Bildung mit Beteiligung und ganz viel Spaß und Wirkung zu positiven Demokratie-Erfahrungen verbunden – unabhängig und überparteilich.

Seit 2023 haben wir uns um eine verbindliche und dauerhafte Zusammenarbeit mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover bemüht. Diese Bemühungen führten schließlich zu einer festen Kooperation, in der alle Schülerinnen und Schüler des 7. Schuljahrgangs die Gemeinde und die dazugehörige Liberale Jüdische Bibliothek in Hannover besuchen.

Auch im 8. Schuljahrgang wird unsere Schule unterstützt durch den Verein Politik zum Anfassen e.V.. Im Planspiel Pimp Your Town nehmen die Schülerinnen und Schüler aktiv am kommunalen Leben teil und werden wirksam, indem sie eigene Ideen zur Stadtgestaltung entwickeln und diese im Rat der Stadt Barsinghausen erörtern.

So durchlaufen sie alle Prozesse demokratischer Stadtplanung und -gestaltung.

Neben dem Besuch der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Hannover-Ahlem steht für den Schuljahrgang 9 der Besuch des ZeitZentrums Zivilcourage in Hannover auf der Agenda. Das ZeitZentrum Zivilcourage ist als interaktiver Ort für Fragen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Menschen in der Stadt Hannover ein außerschulischer Lernort, der den Schülerinnen und Schülern eine aktive Auseinandersetzung mit Geschichte, Zivilcourage und dem Leben heute bietet.

**Durch die Kooperation unserer Schule mit der Friedrich-Naumann-Stiftung** erhalten wir jedes Jahr verschiedene Möglichkeiten, Angebote im Rahmen der Demokratiebildung zu nutzen. Ein eindrucksvolles Demokratieerlebnis-Angebot, das wir bereits mehrfach anbieten konnten, ist der Besuch von Philipp Schlaffer, der als Aussteiger aus der rechtsextremen Szene aus eigener Erfahrung weiß, wie wichtig es ist, den Schülerinnen und Schülern die Gefahren von (Rechts)Extremismus zu verdeutlichen. Nach seinem Ausstieg durchlief Schlaffer eine Ausbildung als Anti-Gewalt- und Deradikalisierungstrainer und setzt sich heute unter anderem an Schulen für Extremismus-Prävention ein. Mit den Schülerinnen und Schülern analysiert er extremistische Ideologien und klärt über Rechtsextremismus auf.

Schülerinnen und Schüler des Jahrgangs 10 nehmen jährlich an der Junior-Wahl teil. Das handlungsorientierte Konzept ermöglicht das Erleben und Erlernen von Demokratie, indem eine realitätsgetreue Wahlsimulation an unserer Schule organisiert und durchgeführt wird. Nach intensiver inhaltlicher Vorbereitung von Themen wie der Demokratie als Staatsform, dem Ablauf und der Funktion von Wahlen oder dem deutschen Parteiensystem stellt der Wahlakt selbst den Höhepunkt des Projektes dar. Durch eine ernsthafte und von gegenseitiger Aufmerksamkeit geprägte Atmosphäre werden die Jugendlichen ermuntert, ihre Meinung einer breiten Öffentlichkeit, die ihren Interessen auch Gehör schenkt, kundzutun und auch für ihre Zustimmung zu werben.

Eingebunden in den Unterricht des Faches Geschichte führen wir das Zeitzeugen-Projekt „Diktatur DDR“ durch, um den Schülerinnen und Schülern lebensnah durch Erfahrungsberichte von Zeitzeugen den Unterschied von Demokra-



# GOETHE-DEMOKRATIE-NAVIGATOR



## 1. Ankommen in der neuen Schule

Schwerpunkt im 5. Jahrgang:  
Neue Gemeinschaft erleben im integrativen und inklusiven Miteinander unterstützt durch Klassenpaten und Medien-Scouts, Beginn Curriculum Lions-Quest mit Einführung Klassenrat in integrativen Klassensettings  
**Erlebensplatz Demokratie:** Haus der Religionen, Mitmachausstellung Demokratie erfahren



## 3. Interesse, Respekt und Achtung Anderer

Schwerpunkt im 7. Jahrgang:  
Neue Gemeinschaft erleben im schulzweigbezogenen und inklusiven Miteinander. Weiterführung Curriculum Lions-Quest mit Klassenrat etc.  
**Erlebensplatz Demokratie:** Besuch der Liberalen Jüdischen Gemeinde und Bibliothek mit Impulsen durch Gemeindeglieder, Teilnahme am Europa-Tag der Stadt



## 2. Gemeinschaft leben - Demokratie erfahren

Schwerpunkt im 6. Jahrgang:  
In Gemeinschaft wachsen - Aktionsplan Lions-Quest für den 6. JG mit Ausbau Klassenrat in integrativen Klassensettings, Teilnahme an verschiedenen Präventionsaktionen (peer to peer) Gesundheit und Medien  
**Erlebensplatz Demokratie:** Haus der Religionen, Mitmachausstellung Demokratie erfahren, Teilnahme am Europa-Tag der Stadt



## 4. Einbringen und Mitwirken

Schwerpunkt im 8. Jahrgang:  
Curriculum Lions-Quest mit Klassenrat - Ausweitung ins kommunale politische Umfeld. Erste praktische Einblicke in kommunale Verwaltungsstrukturen.  
**Erlebensplatz Demokratie:** Planspiel "Pimp your Town", Teilnahme am Wettbewerb der Siegfried-Lehman-Stiftung, Schüler:innen-Parlament der Stadt

## 5. Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen

Schwerpunkt im 9. Jahrgang:  
Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unseres Landes und des daraus resultierenden Auftrags an die zukünftige Generation. Weiterführung Curriculum Lions-Quest.  
**Erlebensplatz Demokratie:** Besuch Gedenkstätten und ZeitZentrumZivilcourage, Teilnahme an Vorträgen der Friedrich-Naumann-Stiftung, Wettbewerb der Siegfried-Lehman-Stiftung, Schüler:innen-Parlament der Stadt



## 6. Verantwortung übernehmen - Demokratie gestalten

Schwerpunkt im 10. Jahrgang:  
Wahlen als grundlegende Basis für Demokratie begreifen, Sensibilisierung für Gefahren der Demokratie, Weiterführung Curriculum Lions-Quest.  
**Erlebensplatz Demokratie:** Junior Wahl, Zeitzeugenprojekt "Diktatur DDR", Gestaltung Volkstrauertag, Teilnahme an Vorträgen der Friedrich-Naumann-Stiftung, Wettbewerb der Siegfried-Lehman-Stiftung, Schüler:innen-Parlament der Stadt, Gestaltung Holocaust-Gedenktag



tie und Diktatur zu vermitteln. Das Leben in einer Demokratie auf der Basis von Menschen- und Bürgerrechten erscheint unseren Schülerinnen und Schülern unserer Wahrnehmung nach häufig selbstverständlich. Die Gespräche mit Zeitzeugen aus der DDR geben auch gute Impulse für die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte.

Ein weiterer Baustein im Rahmen der Demokratiebildung für die Jugendlichen aus dem 10. Schuljahrgang ist die aktive Teilnahme am Volkstrauertag, der an die Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und Terror erinnert. Die Schülerinnen und Schüler bringen sich in die Gestaltung der offiziellen Gedenkveranstaltung aktiv ein und können dabei eigene Ideen umsetzen.

**Ein besonderes Demokratieerlebnis-Angebot für die Jahrgänge 7-10** ist die Zusammenarbeit mit der Siegfried-Lehmann-Stiftung der Stadt Barsinghausen. Siegfried Lehmann war ein jüdischer Bürger der Stadt, der vom Nazi-Regime verfolgt wurde. Angehörige der bis in die 1940er Jahre in Barsinghausen ansässigen jüdischen Familie Lehmann, denen es gelang, während der nationalsozialistischen Diktatur zu emigrieren, stifteten 1984 erstmals den Siegfried-Lehmann-Preis. Hieraus entstand dann die Stiftung.

Der Wirkungskreis der Stiftung konzentriert sich auf Barsinghausen. Sie sieht ihre Aufgabe auch darin, bei Schülerinnen und Schülern „durch

das Gedenken an Siegfried Lehmann und seine Familie, die Erinnerung an die Schicksale der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wach zu halten“ (Stiftungssatzung § 2). Durch eine sensible Heranführung an dieses Thema sollen Demokratiebildung und Engagement gegen Rassismus gefördert werden. Hierzu veranlasst und organisiert die Stiftung u. a. die Verlegung der Stolpersteine, mit denen an die Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur erinnert wird.

Weiterhin nehmen die Schülerinnen und Schüler unserer Schule regelmäßig am Wettbewerb um die Vergabe des Siegfried-Lehmann-Preises teil. Dieser wird regelmäßig für herausragende Beiträge (z.B. Projekte, Filme), die sich mit der lokalen Geschichte oder dem Thema Schule ohne Rassismus auseinandersetzen, vergeben.

Mit Goethes Demokratie-Navigator wird unseren Schülerinnen und Schülern neben der Förderung und dem Erleben von Verbindlichkeit eines konsequenten demokratischen Miteinanders im Schulalltag mit den vielen verschiedenen Demokratieerlebnis-Angeboten die Möglichkeit gegeben, ein umfassendes Verständnis unserer freiheitlichen Demokratie zu entwickeln, ihre Bedeutung für sie selbst zu begreifen sowie die Notwendigkeit und den Gewinn der aktiven Teilhabe für sie zu erkennen. Zugleich lernen sie, negative Einflüsse und Gefahren für die Demokratie zu identifizieren und werden darin gestärkt, diesen entgegenzutreten und die Demokratie zu verteidigen.

# Schüleraustausch Brigitte Sauzay

## Kann ein Schüleraustausch zur Demokratiebildung beitragen?

von Diana Frenkel

**„Du möchtest deine Französischkenntnisse verbessern, eine andere Kultur kennenlernen und unvergessliche Erfahrungen sammeln? Dann ist das Brigitte-Sauzay-Programm genau das Richtige für dich!“**



So werben das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Niedersächsische Landesamt für Schule und Bildung für den Schüleraustausch nach Frankreich. Beide Institutionen fördern die deutsch-französischen Begegnungen. Seit etwa drei Jahren nehmen Schülerinnen und Schüler aus dem 9. Schuljahrgang unserer Schule regelmäßig an diesem Austausch teil. Sie leben für drei Monate in einer französischen Gastfamilie und besuchen während ihrer Zeit in Frankreich gemeinsam mit dem Kind aus der Gastfamilie die Schule.

Im Gegenzug nehmen unsere Schülerinnen und Schüler dann den Austauschpartner bzw. die Austauschpartnerin bei sich zu Hause auf und die Jugendlichen lernen den Schulalltag an unserer Schule kennen. Erste feste Freundschaften sind bereits entstanden, Kernkompetenzen für ein demokratisches Miteinander vermitteln sich durch direkten interkulturellen Austausch quasi von selbst. Nur wer grundsätzlich freiheitlich denkt, neugierig auf das Leben in Frankreich und offen für Neues ist, wird erkennen können, wie Demokratie in dem Land, das bereits seit langer Zeit der wichtigste Partner für Deutschland in vielerlei Hinsicht ist, gelebt wird.

Durch das persönliche Erleben und den direkten Kontakt zwischen den Jugendlichen aus

Deutschland und Frankreich werden Vorurteile abgebaut, Toleranz gegenüber Vielfalt wird gefördert und das Verständnis für andere Perspektiven wird gestärkt.

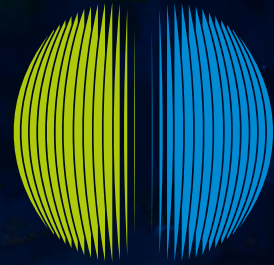
Im interkulturellen Alltag lernen die Jugendlichen aus beiden Ländern, respektvoll zu kommunizieren, Empathie zu entwickeln, Kompromisse zu finden und einander zu verstehen.

Dabei verbessern die Schülerinnen und Schüler nicht nur ihre Französischkenntnisse, sondern lernen auch die französische Kultur und sich selbst neu kennen. Sie erweitern ihren Horizont und entwickeln eine offene und tolerante Persönlichkeit. Die Erfahrung im Ausland und das Meistern neuer Situationen dort stärken das Selbstbewusstsein und die Selbstwirksamkeit und motivieren erfahrungsgemäß die Jugendlichen, sich auch zu Hause zivilgesellschaftlich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und aktiv an der Gesellschaft mitzuwirken.

Ein Schüleraustausch ist also ein praktisches Übungsfeld, um Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform zu begreifen und aktiv zu sichern. Er trägt so auf ganz pragmatische Weise nachhaltig zur Demokratiebildung bei.



# Niedersächsischer Lehrkräftepreis 2026



## Die Flut an Desinformationen – eine Gefahr für unsere Demokratie? und (Deep)Fakes bestimmen Meinungen

Die Zahlen aus den Studien zur Desinformation und zu Deepfakes zeigen, dass wir handeln müssen. Wie das in Schule und Unterricht gelingen kann, sollen uns gute Projekte, durchdachte Unterrichtseinheiten, schulische Vorhaben, schriftliche Arbeiten in Studienseminaren vor Augen führen. Daher wird der Niedersächsische Lehrkräftepreis 2026 für die besten drei Unterrichtskonzepte rund um die Themen „**Die Flut an Desinformationen – eine Gefahr für unsere Demokratie?**“ oder „**(Deep)Fakes bestimmen Meinungen**“ verliehen.

Die eingereichten Unterrichtsvorhaben werden von einer fachkompetenten Jury gesichtet, die dann aus den Vorschlägen drei Preisträger ausgewählt. Die Preise werden auf dem Philologentag 2026 vergeben.

Einsendeschluss ist der  
31.07.2026

Weitere  
Informationen  
unter:



© Karol – Adobe Stock

**hv**  
Philologenverband  
Niedersachsen

# Rede des Vorsitzenden anlässlich des Empfangs des Hauptvorstandes zum Philologentag 2025 im Auswandererhaus Bremerhaven

**M**eine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde und Gäste des PHVN, ich heiÙe Sie hier im Saal New York des Auswandererhauses Bremerhaven herzlich Willkommen.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Stephan Ertnier, sehr geehrter bildungspolitischer Sprecher der Fraktionen CDU Herr Fühner, SPD Frau Lansmann und Bündnis90/Die Grünen Herr Mennen, lieber Landesvorsitzender des dbb Niedersachsen und guter Freund Alexander Zimbehl, liebe frisch im Amt bestätigte Bundesvorsitzende des DPHV und gute Freundin Susanne Lin-Klitzing, liebe Landesvorsitzende des PHV NRW Sabine Mistler, liebe Vorsitzende des Bremer Philologenverbandes, Anita Tobias, liebe Kolleginnen und Kollegen befreundeter Lehrerverbände, mit denen wir in den Gremien in MK und DBB Niedersachsen zusammenarbeiten, liebe Behördenmitarbeiter aus dem MK, dem NLQ und den vier Regionalen Landesämtern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Bezirksverbände und der Personalrätinnen und -räte, wie schön, dass Sie/dass ihr am Empfang des Hauptvorstandes des niedersächsischen Philologenverbandes heute im Auswandererhaus teilnehmt.

Sie haben gerade selbst erfahren können, wie es ist, wenn man sich auf Emigration begibt. Ich möchte Ihnen einen Besuch dieses außergewöhnlichen Hauses wirklich ans Herz legen. Gehen Sie mit den Menschen, die ihre Heimat verließen und sich in der Ferne ein neues Zuhause aufgebaut haben, auf große Fahrt. Was motiviert Menschen ihre Heimat zu verlassen und den Weg ins Ungeheure in Kauf zu nehmen? Die Gründe sind vielfältig, aber ein Motiv ist sicher der Wunsch nach einem besseren Leben. Dazu möchte ich Ihnen kurz von meinen Vorfahren, den Rebouls (Räbuls) berichten. Sie waren Hugenotten, die im 17. Jahrhundert verfolgt wurden und ins Ausland fliehen mussten. Hugenotten, übersetzt „die Eidgenossen“, folgten der Lehre Calvins und waren dem reformierten Christentum verbunden. Ihre Verfolgung gipfelte in der Bartholomäusnacht 1572, in der tausende Hugenotten in Paris und anderen französischen Städten verfolgt und ermordet wurden. 1598 erließ Heinrich IV. das Edikt von Nantes, das den Protestanten Religionsfreiheit zusicherte. Dieses wurde 1685 von Ludwig XIV.

aufgehoben, was die Verfolgung wieder aufleben ließ und viele Hugenotten zur Flucht zwang. Mehr als 200.000 Hugenotten flohen aus Frankreich, etwa 20.000 ließen sich im preußischen Brandenburg nieder, so auch meine Vorfahren. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm ermöglichte die Ansiedlung der Gemeinden mit dem Edikt von Potsdam. Das war mehr als Zuflucht, das war ihre neue Heimat. Die aufgenommenen Hugenotten trugen in Preußen zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung bei. Ich frage mich, ob ich heute bei Ihnen wäre, hätte es den Großmut des Kurfürsten Friedrich Wilhelm nicht gegeben.

So wie für meine Urahnen Polen und Deutschland zu einer neuen Heimat werden sollten, war in den letzten 200 Jahren für viele Deutsche Amerika das Land unbegrenzter Möglichkeiten. Die Einwanderungswellen wurden im letzten Jahrhundert durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Es waren wirtschaftliche Not, politische Verhältnisse oder einfach die Sehnsucht nach der neuen Welt und dem American Dream. Zwischen 1820 und 1930 wanderten knapp 6 Millionen Deutsche in die Vereinigten Staaten von Amerika aus. 2023 waren es lediglich 9200 Deutsche. Deutschland war ein Auswandererland. Heute sind wir vor allem ein Einwanderungsland, das für viele Menschen attraktiv ist.

„*Wir schaffen das*“ sagte unsere damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel vor zehn Jahren. Dieser Satz wurde bis heute positiv wie negativ rezipiert. Positiv im Sinne einer Willkommenskultur, die Ausdruck von Hilfsbereitschaft und Solidarität für Menschen ist, die sich aus ihren Heimatländern, vor allem Syrien, Afghanistan und dem Irak, auf den Weg gemacht haben. Als dies vor genau zehn Jahren geschah, haben sich Menschen eine Zukunft in einem für sie völlig fremden Land mit einer ganz anderen Kultur vorstellen können. Die Bilder gingen um die Welt, die Aussage der Bundeskanzlerin meißelte sich in unser Gedächtnis ein, wurde aber auch von nicht Wenigen als naiv und unrealistisch bewertet.

„*Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mehr mein*





*Land.*“ war eine weitere emotionale Reaktion, die man von der eher unterkühlten, norddeutschen Merkel so nicht erwartet hätte. Ungarn blockierte und Deutschland handelte, ja Deutschland musste handeln. Frau Merkel sagte im Sommer dieses Jahres auf die Frage, ob ihre Entscheidung 2015 richtig gewesen sei, dass sie es in dem Moment wie damals wieder so machen würde, dass aber vorher politisch andere Entscheidungen hätten getroffen werden müssen. Das ist mit politischen Entscheidungen immer so und da macht auch die niedersächsische Bildungspolitik keine Ausnahme. Dazu morgen deutlich mehr!

Im Februar 2022 begann Putin den Überfall auf die Ukraine, der bis heute anhält und viele Opfer auf beiden Seiten gefordert hat. Die europäische Gemeinschaft steht, wenn auch nicht uneingeschränkt, so doch überwiegend an der Seite der Ukraine. 2022 kam eine erneute Flüchtlingswelle auf Deutschland zu. Bis heute sind rund 1,3 Millionen Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. Innerhalb der letzten zehn Jahre sind ca. 2,5 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und für viele Menschen attraktiv. Auch wenn hier nicht das Paradies ist, in dem Milch und Honig fließen, so leben wir in einem für viele doch lebenswerten Land, und das ist es nach wie vor. Ein jeder und eine jede kann froh sein, in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik zu leben.

Eine Demokratie, die auf einem unfassbar guten Grundgesetz fußt, ist lebenswert und ich bin froh in einem Staat zu leben, in dem die Menschenwürde unantastbar ist. Das ist in vielen Ländern nicht der Fall und wir können gerade an einem Live-Experiment in den USA verfolgen wie schnell der Weg von einer demokratischen in eine autoritäre Struktur vollzogen werden kann.

*„Rückführungspatenschaft, Pushback, Remigration und biodeutsch“* waren die Unwörter der letzten fünf Jahre. Diese vier Unwörter sind Abbilder davon, in welcher Gesellschaft wir leben. Dass sich diese Begriffe in den letzten Jahren so häuften, verdeutlicht, dass sich etwas verschoben hat. Frank Walter Steinmeier sorgte sich um den Kitt in der Gesellschaft und mahnte fehlenden Zusammenhalt an. Wir bräuchten wieder mehr Gemeinsinn und Anstrengungen für eine offene, in die Zukunft gerichtete Gesellschaft.

Der Ausdruck Rückführungspatenschaft wurde übrigens im Mai 2018 von unserem heutigen Bundesinnenminister Alexander Dobrindt benutzt. Der Begriff sei zynisch und beschönigend, so die Jury. 2020 gab es mit der *„Corona-Diktatur“* erstmals zwei Unwörter des Jahres. Der Ausdruck verharmlose Diktaturen und verhöhne Menschen, die sich gegen Diktatoren wenden und damit Haft, Folter und Tod in Kauf nehmen oder fliehen müssen, so die Jurybegründung vor fünf Jahren.

Nicht umsonst heißt es im Artikel 16a, Absatz 1 des Grundgesetzes „**Politisch Verfolgte genießen Asylrecht**“. Es ist Ausdruck für den Willen Deutschlands, seine historische und humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erfüllen. Es ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht. Die Verpflichtung der EU, Schutzbedürftigen zu helfen, ist in der Charta der Grundrechte und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankert. Das war ein Zitat, denn genauso steht es auf der Homepage des Bundesinnenministeriums, dem Ministerium von Herrn Dobrindt.

Ich bin ganz bei Frau Merkel, dass man in Notsituationen helfen muss. Das sind wir den Menschen nicht nur aufgrund unserer eigenen Geschichte schuldig und dennoch stimmt der Eindruck, dass die Zivilgesellschaft in den letzten zehn Jahren an mehrere Belastungsgrenzen gekommen ist und diese zum Teil auch überschritten wurden. Das merken wir ja nicht zuletzt in Schule, auf dem Arbeitsmarkt, bei der hohen Anzahl von Bürgergeldempfängern, bei der Suche nach angemessenem Wohnraum oder beim Erhalt der Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit. Es knackt und knarzt an allen Ecken und Kanten. Und die Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat ist so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das sollten wir uns bewusst machen und deswegen ist Demokratiebildung ein wichtiges Thema. Das haben wir auf unserem Bildungstag im September 2025 in Hannover erleben können. Frau Ministerin Hamburg war dabei. Schulen und Unterricht tragen eine ganz besondere Verantwortung. Eine Verantwortung, der wir Lehrkräfte uns jeden Tag annehmen. Unsere Schülerinnen und Schüler demokratiefest zu machen, das ist eine vornehme Aufgabe. Dazu gehört natürlich der Fachunterricht in Politik-Wirtschaft, aber auch jedes andere Fach erfüllt hier seine Funktion, selbst der Chemie- oder der Kunstunterricht stehen in der Pflicht. Das steht in § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes und ich bin sehr froh, dass sich das mit der Schulgesetznovelle nicht verändert, zu den anderen Veränderungen im Einzelnen dann morgen mehr.

Ein zweiter Aspekt: Tim Berners-Lee entwickelte im Jahr des Mauerfalls die Grundlagen des World Wide Web, womit heute Informationen und Wissen in kürzester Zeit weltweit verfügbar sind. Es ist heute keine Frage des Ortes oder des Einkommens, an Informationen zu gelangen, zumindest wenn ein Netz verfügbar ist, was in Deutschland ja noch nicht überall der Fall sein muss. Die Entwicklung des Internets gilt als eine der demokratischen Revolutionen der Wissensverfügbarkeit, denn die Informationsbeschaffung kennt heute keine Ländergrenzen mehr.

Fake-News statt Fakten sind Kehrseite der Digitalisierungsmedaille und können eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Was ist wahr, was ist falsch? Was heute noch wahr ist, kann morgen schon falsch sein? Das erinnert mich an die Dystopie 1984 von George Orwell, die ich im selben Jahr in der 12. Klasse meines Gymnasiums lesen durfte oder musste. Wie „scheinbare“ Fakten auf Truth Social, Instagram, TikTok oder X verbreitet werden, können wir tagtäglich beobachten und es fällt uns schwer, zu entscheiden, was noch richtig und was schon falsch ist. Was ist Fakt? Was ist Fake?

Ich bediene hier mich einer Aussage der mathematischen Logik: „Tertium non datur“ oder „Ein drittes gibt es nicht.“ Die Mathematik ist über eine rein logische Axiomatik hervorragend geeignet, Korrektiv zu sein, um zwischen falscher und wahrer Aussage zu unterscheiden. Wenn Schülerinnen und Schüler heute zunehmend Schwierigkeiten mit dem Fach Mathematik haben – ich erinnere an die äußerst bescheidenen Ergebnisse niedersächsischer Schülerinnen und Schüler beim IQB-Bildungstrends 2024 –, dann kann es daran liegen, dass sie sich eben entscheiden können müssen und dazu braucht man eine gesunde Basis wahrer Aussagen, also von Fakten.

Wenn diese Basis brüchig ist, dann sind Fakten und Aussagen nicht nur in Mathematik, sondern oder auch in der politischen Meinungsbildung der Willkür ausgesetzt. Was für die Mathematik gilt, gilt für die anderen Fächer gleichermaßen. Wir brauchen in allen Fächern eine grundsätzliche Faktenbasis, auf die man bauen kann. Nur wer über fachliche Stärke verfügt, kann auch korrigieren. Das können und wissen gymnasiale Lehrkräfte nur zu gut! Wir sind Anwälte unserer Fächer und zeigen unseren Schülerinnen und Schülern jeden Tag, dass ein starkes wissenschaftlich geprägtes Fundament erforderlich ist, um persönliche Entscheidungen treffen zu können. Ohne dieses Wissen ist ein Korrektiv falscher Aussagen gar nicht möglich und wenn es kein Korrektiv gibt, dann gilt gar nichts mehr. Soziale Medien nutzen das fehlende Korrektiv gezielt aus. Wie erkennen unsere Schülerinnen und Schüler, was Fake und was Fakt ist? Wie nimmt eine mediale Reizüberflutung in sozialen Medien Einfluss auf unsere Kinder und welche Auswirkungen hat dies auf Schule und Unterricht? Das sind Fragen, die wir beantworten müssen und zwar so schnellstmöglich.

Mit der Entwicklung und Verbreitung der Künstlichen Intelligenz wird der nächste Sprung ins digitale Zeitalter eingeleitet. Wenn die Entwicklung vor allem durch wenige Tech-Milliardäre vorangetrieben wird, erscheint zumindest fraglich, wie demokratisch das Produkt am Ende noch

**STARK, WENN'S  
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen erlebst du,  
weil wir mit ganzem Herzen  
für dich da sind.**

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.



Mehr Infos?  
Hier scannen!



sein kann. Damit das Prompten zum nächsten digitalen und vor allem demokratischen Sprung führt, wie es die Einführung des Internets war, muss ein wissenschaftliches Korrektiv eingeschaltet sein. Wer kontrolliert Chat-GPT oder Gemini? Wo ist der Pilot für den Co-Piloten?

KI wird die Gesellschaft und damit auch Schule und Unterricht nachhaltig beeinflussen. Viele Arbeitsplätze von heute, stehen schon morgen auf dem Prüfstand und sind übermorgen gar nicht mehr vorhanden. Genau das erleben wir gerade und das bereitet vielen Menschen zu Recht Sorgen. Die Automatisierung und die Durchdringung künstlicher Intelligenz werden wir in nahezu allen Lebensbereichen miterleben. Sicher ist eines: In den nächsten zehn Jahren kommt was auf uns zu. Der Mensch darf nicht Bittsteller der künstlichen Intelligenz werden. Auch das müssen wir vermitteln. Wir brauchen gute Ideen und Leuchtturmprojekte, wie wir Demokratie und Digitalität gut miteinander verbinden können. Wie das in Schule und Unterricht gelingen kann, sollen uns erfahrbare Projekte, durchdachte Unterrichtseinheiten, schulische Vorhaben, schriftliche Arbeiten in Studienseminaren ganz konkret vor Augen führen. Daher wird der Niedersächsische

Lehrkräftepreis 2026 für die besten drei Unterrichtskonzepte rund um die Themen „Die Flut an Desinformationen – eine Gefahr für unsere Demokratie?“ oder „(Deep)Fakes bestimmen Meinungen“ verliehen. Wir motivieren schon heute unsere Lehrkräfte, lernwirksame Unterrichtskonzepte für morgen zu entwickeln und umzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Gäste, herausfordernde Zeiten liegen vor uns. Seien es ein adäquater Umgang bei der Migration, die Probleme der demographischen Entwicklung, das Schützen unserer Demokratie oder die noch nicht absehbaren Veränderungen in einer digitalen Welt, wir Philologinnen und Philologen lassen uns darauf ein.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Ertner, im Philologenverband Niedersachsen haben Sie einen starken Partner an Ihrer Seite, denn wir wissen, wie man Menschen motiviert und genau darauf kommt es an.

**Heben Sie mit mir das Glas auf alle Menschen, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft sorgen und Demokratie leben.**

# Besoldung in Niedersachsen:

## Wichtige Schritte, aber noch kein Durchbruch

von Marta Kuras-Lupp

*Tarifabschluss 2026, Sonderzahlung und Besoldungserhöhung bringen Bewegung in die Einkommensfrage der Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen. Aus Sicht des PHVN ist das zunächst als ersten Schritt zu begrüßen. Klar ist aber auch: Einmalzahlungen und lineare Anpassungen allein lösen die strukturellen Probleme bei der Besoldung nicht.*

Die Einkommensentwicklung bleibt in Niedersachsen ein zentrales Thema. Mit dem Tarifabschluss 2026, der am 11. März 2026 angekündigten Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten sowie der Sonderzuwendung für das Jahr 2025 liegt nun ein Besoldungspaket auf dem Tisch, das viele Kolleginnen und Kollegen aufmerksam bewerten.

Aus Sicht des PHVN ist das ein wichtiges Signal. Es ist richtig, dass es zu

trotz der hohen Verhandlungshürden zu einem Tarifabschluss gekommen ist und, dass das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden soll. Zugleich darf aber niemand so tun, als seien damit die grundlegenden Fragen der Besoldung in Niedersachsen bereits beantwortet. Wer die Situation an den Schulen kennt, weiß: Die Belastungen sind hoch, die Anforderungen wachsen und der Lehrkräftemangel verschärft die Lage zusätzlich. Gerade deshalb

brauchen Lehrkräfte nicht nur punktuelle Verbesserungen, sondern Verlässlichkeit und echte Perspektiven.

### Solidarität mit den Tarifbeschäftigten bleibt selbstverständlich

Der PHVN hat sich in der Tarifrunde wieder mit den Tarifbeschäftigten solidarisch erklärt und an den Aktionen des dbb niedersachsen und der Einzelgewerkschaften teilgenommen. Daran gab und gibt es keinen Zweifel.



Schule funktioniert nur im Miteinander der verschiedenen Beschäftigtengruppen. Tarifbeschäftigte und verbeamtete Lehrkräfte tragen gemeinsam Verantwortung für Unterricht, Förderung und Schulentwicklung. Deshalb ist es folgerichtig, sich auch in tarifpolitischen Auseinandersetzungen gemeinsam für faire Einkommen und gute Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Dabei geht es in Tarifverhandlungen eben nicht nur um Geld. Mitverhandelt werden immer auch zentrale Fragen der Arbeitsbedingungen – etwa Entlastung, Arbeitszeit, Perspektiven für Beschäftigte, Regelungen für Nachwuchskräfte und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt. Gerade deshalb war die Solidarität des PHVN mit den Tarifbeschäftigten folgerichtig: Wer Schule stärken will, muss die Rahmenbedingungen der dort arbeitenden Menschen insgesamt in den Blick nehmen. Solidarität ist für den PHVN keine symbolische Geste, sondern Ausdruck eines gemeinsamen Verständnisses von beruflicher Wertschätzung. Gute Schule braucht gute Rahmenbedingungen. Dazu gehört eine angemessene Bezahlung für alle, die täglich Verantwortung für Bildung übernehmen.

Sichtbarkeit, Geschlossenheit und gemeinsames Auftreten sind in tarif- und besoldungspolitischen Auseinandersetzungen von großer Bedeutung. Wer bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und mehr Wertschätzung für den Bildungsbereich einfordert, sollte dies nicht nur erwarten, sondern auch gemeinsam deutlich machen. Aktionen des dbb und seiner Mitgliedsverbände bieten dafür eine wichtige Plattform. Der PHVN setzt deshalb auf die aktive Unterstützung seiner Mitglieder.

### **Das TV-L-Ergebnis ist ein Schritt – aber kein großer Wurf**

Gerade deshalb ist es wichtig, beides klar zu benennen: die Solidarität mit den Tarifbeschäftigten und die Unzufriedenheit vieler Mitglieder mit dem erreichten Abschluss. Solidarität bedeutet nicht, Kritik zu verschweigen – ganz im Gegenteil. Wer die Realität im öffentlichen Dienst ernst nimmt, mit den anhaltend hohen Belastun-

gen, der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der wachsenden Herausforderungen, muss auch offen aussprechen, wenn ein Ergebnis hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Der Tarifabschluss 2026 setzt ein Signal in schweren Verhandlungszeiten, doch aus Sicht vieler Mitglieder ist er kein Durchbruch. Viele Kolleginnen und Kollegen erleben seit Jahren, dass ihre Arbeitsbelastung steigt, während die politische Anerkennung oft hinter wohlklingenden Worten stehen bleibt. In dieser Lage fällt es schwer, einen Abschluss als wirklich als zufriedenstellend zu bewerten, der zwar Verbesserungen bringt, aber von vielen nicht als stark genug empfunden wird. Für den PHVN ist deshalb entscheidend, das Ergebnis realistisch einzuordnen: Es ist besser als Stillstand, aber es reicht nicht aus, um die grundsätzlichen Probleme zu lösen.

### **Die Übertragung auf die niedersächsische Besoldung ist dennoch zwingend**

Ebenso wichtig ist die angekündigte Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Niedersachsen. Dass dieser Schritt jetzt erfolgen soll, ist aus Sicht des PHVN ausdrücklich zu begrüßen und bedankt sich bei dbb niedersachsen für den Einsatz, der alles andere war als ein Spaziergang im Frühling. Lehrkräfte dürfen nicht erneut erleben, dass Einkommensentwicklungen auseinanderlaufen und die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen von vornherein mit einer abgeschwächten Lösung rechnen müssen. Die angekündigte Besoldungserhöhung ist insofern ein notwendiger Schritt. Sie schafft eine gewisse Verlässlichkeit und sendet das Signal, dass Besoldung und Tarifentwicklung nicht voneinander entkoppelt werden.

### **Sonderzahlung: willkommen, aber nicht nachhaltig**

Hinzu kommt die beschlossene Sonderzahlung für das Jahr 2025. Viele Kolleginnen und Kollegen werden diese Zahlung zwar begrüßen, trotzdem bleibt aus Sicht des PHVN festzuhalten, dass eine Einmalzahlung

keine strukturelle Verbesserung der Besoldung darstellt. Sie mag kurzfristig entlasten, sie ersetzt aber keine dauerhaft tragfähige Besoldungspolitik. Wer die Attraktivität des öffentlichen Dienstes stärken will, darf sich nicht mit Einzelmaßnahmen begnügen. Gerade in einem Bundesland, das im Wettbewerb um qualifizierte Lehrkräfte steht, kommt es auf verlässliche und dauerhaft überzeugende Rahmenbedingungen an. Dazu gehört auch eine Besoldungspolitik, die nicht nur auf akuten Druck reagiert, sondern langfristig angelegt ist.

### **Schnelle FAQ zur Sonderzahlung auf unserer Homepage**



### **Unsere Stellungnahme zur Sonderzahlung**



### **Klare Erwartungen des PHVN an die Landespolitik**

Was kurzfristig entlastet, darf politisch nicht als ausreichende Antwort auf die Besoldungsfrage verkauft werden. Der öffentliche Dienst und insbesondere die Schulen brauchen tragfähige Lösungen, nicht nur Zwischenlösungen. Andere Bundesländer machen es vor. Wir müssen nicht weit schauen.

Wir werden uns als PHVN und als Mitgliedsorganisation des dbb niedersachsen für eine Anpassung der Besoldungsstruktur in Niedersachsen unter Beachtung der vorliegenden Gerichtsentscheidungen u.a. aus Berlin und Schleswig Holstein einsetzen. Der PHVN sieht dem Gesetzesentwurf zur Niedersächsischen Besoldung der Landesregierung mit großem Interesse entgegen und werden wie gewohnt Stellung nehmen.

# Neue Medien im Spannungsfeld von Schule

„In fünf Jahren blicken wir auf diese Epoche, als hätten wir Zigaretten an Achtjährige verteilt.“ (Jonathan Haidt)

von Steffi Heine und Sylvia Burde

**D**er PHVN hat in der Vergangenheit immer wieder Themen rund um die Nutzung moderner Medien und die Relevanz für unsere Schulen aufgegriffen.

Inzwischen hat das ganze Spektrum eine größere Dynamik entwickelt – nachdem wir bereits 2023 gute Argumente für eine Einschränkung der Smartphonennutzung für jüngere Schülerinnen und Schüler nicht nur in Bezug auf Schule genannt hatten, hat sich politisch Einiges getan:

Es gibt ein größeres Bewusstsein für die von uns genannten Gefahren und eine breite Zustimmung zu einer gesetzlichen Altersbeschränkung der Nutzung sogenannter sozialer Netzwerke wie TikTok.

Es hat sich in der Zwischenzeit immer mehr bestätigt, wie verzahnt verschiedene Aspekte der gesamten Thematik rund um Smartphones, Tablets an Schulen, Nutzung sogenannter Social Media und jüngst auch KI miteinander sind und dass die Auswirkungen gravierend – häufig negativ – sind und zwar auf vielerlei Weise: lernpsychologisch, haptisch-motorisch, gesellschaftlich-sozial, politisch, psychisch.

## Tablets in Schulen – eine Bilanz

Nachdem an vielen Schulen Tablets eingeführt wurden und dieser Prozess anhält, zeigen sich inzwischen sehr deutlich ernüchternde Auswirkungen: Lehrkräfte berichten von Abgelenktsein der Lerngruppen, die immer wieder sinnvoll eingesetzte Einschränkungen der Gerätenutzung umgehen, um parallel zum Unterricht Spiele zu spielen oder anderweitig aktiv zu werden – nicht selten mit dem Konsumieren schädlicher Inhalte.

Auch habe sich die Fertigkeit des handschriftlichen Schreibens deutlich verschlechtert. Es wurde zudem beobachtet, dass der Bezug zu größeren Textzusammenhängen verloren gehe, da beim Schreiben auf Tablets die Einstellung häufig derart groß gewählt werde, dass kaum ein ganzes Wort auf dem Bildschirm erscheine.

Weiterhin muss – das wird inzwischen auch durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt – festgestellt werden: Texte, die auf Tablets oder anderen elektronischen Medien gelesen werden,

erreichen das Gehirn nicht in der Weise, wie dies bei haptischen Texten, die auf Papier gedruckt sind, der Fall ist. Ein organisatorisches Problem ist derzeit auch noch, dass die digitalen Schulbücher nicht dauerhaft elektronisch zugänglich sind, so können Schülerinnen und Schüler bei Bedarf nicht noch einmal etwas nachschlagen oder auf ältere Inhalte zurückgreifen. Uns wurde berichtet, dass Eltern bisweilen doppelt zahlen: für elektronische Bücher und privat in eigener Verantwortlichkeit zusätzlich eine gedruckte Ausgabe anschaffen. Das alles ist nicht sinnvoll für Lernprozesse und fördert Ungleichheit.

## Generation Z trauert um analoges Zeitalter

Ein weiteres Problemfeld, über das wir 2023 schon berichtet haben, ist die private Handynutzung und der unreglementierte Zugang von Kindern und Jugendlichen zum Internet. Inzwischen vergeht kein Tag, an dem namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mit teilweise drastischen Worten die katastrophalen Auswirkungen schildern – die Lehrkräfte und Eltern bestätigen können. Auch ältere Schülerinnen und Schüler warnen inzwischen und fordern Verbote zum Schutz Jüngerer, wie sie etwa in anderen Ländern bereits realisiert wurden. Diese Schüler und Schülerinnen sind unsere besten Experten, weil sie am eigenen Leibe die Folgen spüren und inzwischen mit einer gewissen Reife darauf blicken. In Gesprächen mit ihnen fällt immer wieder sinngemäß die Aussage: „Sie haben es so gut, dass Sie noch analog aufgewachsen sind. Wir stehen uns so viel Zeit und können gar nicht anders als überall mitzumachen. Was für brutale Sachen, die wir schon gesehen und was für Mobbing wir im Netz erlebt haben, kann sich gar keiner vorstellen!“

Frauen verachtende Inhalte, KI-generierte Schönheitsideale, Extremismus, Gewalt, Pornographie. Die Kinder-Mitschnacker sind nicht mehr auf der Straße oder hinter dem Gebüsch, sondern holen sich über digitale Netzwerke unsere Kinder in ihren Einfluss, während diese in der Schule sitzen oder im rosa gestrichenen Kinderzimmer sind.

## Die legale Droge im Kinderzimmer – Eltern öffnen den Dealern arglos die Tür

Ein drastisches, aber sehr treffend formuliertes, Statement stammt von dem renommierten Sozialpsychologen Jonathan Haidt:

*„In fünf Jahren blicken wir auf diese Epoche, als hätten wir Zigaretten an Achtjährige verteilt.“*

Er hatte als einer der ersten schon ganz früh vor den negativen Auswirkungen sogenannter sozialer Medien auf Kinder und Jugendliche hingewiesen und eindrücklich gewarnt, war jedoch von vielen selbsternannten Fortschrittlichen als rückständig gebrandmarkt worden. Insbesondere die Algorithmen in den sozialen Netzwerken sind eine große Gefahr: so werden Inhalte angezeigt, die dem bisherigen Nutzungsverhalten entsprechen, man gerät somit in einen Sog und landet schließlich in einer inhaltlichen Blase. Inzwischen gibt es Erkenntnisse darüber, dass die Algorithmen im menschlichen Gehirn Sucht-areale ansprechen. Das bedeutet, man kann sich willentlich kaum entziehen. Was für erwachsene Menschen gilt, trifft umso mehr auf kindliche und jugendliche Gehirne zu.

Gewalt, Verrohung und Extremismus sind gesellschaftliche Probleme, die sich in letzter Zeit verstärkt entwickeln. Auch hier spielen die Algorithmen und eine unreglementierte Nutzung von Internet und Social Media eine Rolle. Es ist kaum verwunderlich, dass Empathie und Akzeptanz von demokratischen Spielregeln auf dem Rückzug sind, wenn all die Inhalte ohne jegliche Einordnung konsumiert werden.

Besonders im Hinblick auf die Psyche sind die Auswirkungen gravierender Art: Massive Gewaltdarstellungen, teils aus Kriegen, hinterlassen Spuren in den Seelen.

Unrealistische Ideale durch häufig von KI erstellten Content vermitteln jungen Menschen ein völlig verqueres Bild, nicht zuletzt auch von Äußerlichkeit. Dies erzeugt häufig Unsicherheit und Minderwertigkeitsgefühle. Dass Bildbearbeitung und vermeintliche Schönheitseingriffe am Werk sind, ist meist völlig unbekannt.

### **Zu späte Reaktion?**

Auch die Bundesregierung kann vor diesen Fakten die Augen nicht mehr verschließen und hat daher die Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ gegründet, allerdings können wir an den Schulen auf die Ergebnisse dieser Kommission nicht warten, sondern müssen uns schon heute den Herausforderungen, die die genannten Entwicklungen mit sich bringen, jeden Tag stellen.

Ein einfaches Verbot der Nutzung digitaler Endgeräte hat sogar Markus Söder im vergangenen Jahr als „totaler Quatsch“, „altmodisch“ und realitätsfremd“ bezeichnet. Selbstverständlich kön-



nen wir die digitale Realität im Alltag und in der beruflichen Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler nicht ignorieren.

Außerdem ist Social Media nicht per se gesundheitsschädlich, wie Annika Baumann aus der Expertenkommission der Bundesregierung sagt, sondern kann auch Vorteile, wie die Erweiterung des Umfelds, den Austausch mit anderen und den Blick auf verschiedene Perspektiven ermöglichen.

### **Drahtseilakt für Lehrkräfte**

Wir müssen als Lehrkräfte entsprechend den Drahtseilakt zwischen einerseits dem Schutz unserer Schülerinnen und Schüler vor den massiven negativen Auswirkungen der Internetnutzung und andererseits dem Lehren der funktionalen Nutzung aller Möglichkeiten bewältigen.

Die derzeitigen Ansätze zeigen, dass die jüngeren Jahrgangsstufen in der Sekundarstufe I durch ein komplettes Verbot am besten geschützt werden. Sie haben so die Chance, eventuelles Suchtverhalten zu durchbrechen und die Reizüberflutung in der Schule auszusetzen, um die Aufmerksamkeitsspanne zu erhöhen und Konzentrationsstörungen vorzubeugen. Wichtige Basiskompetenzen wie das Lesen, das (leserliche) Schreiben mit der Hand und das Rechnen können so intensiv und in Ruhe ausgebildet werden. Da diverse Studien belegen, dass Informationen, die handschriftlich notiert werden, besser verankert werden können (BR „Eindeutige Studien: Darum ist es gut, mit der Hand zu schreiben“), wird damit die Grundlage für alles Lernen gelegt, das im Leben jedes Kindes noch folgen wird.

In Anbetracht der Tatsache, dass Eltern und Lehrkräfte den Kindern die Nutzung digitaler Medien täglich vorleben, müssen alle Bezugspersonen der Schülerinnen und Schüler, also jedermann, laut dem Facharzt für Kinder- und Jugendpsychologie Michael Hubmann „bereit sein, sein persönliches Social-Media-Verhalten zu überdenken“ (Göttinger Tageblatt). Dies zeigt, wie wichtig bei dieser Thematik die Elternarbeit an den Schulen ist. Nur wenn die Eltern „mit ins Boot“ geholt werden können und sich nicht nur darauf verlassen, dass allein die Schulen ihren Kindern alles beibringen, kann es gelingen, eine gesunde Nutzung digitaler Medien zu vermitteln.

### Medienbildung sichert auch unsere Demokratie

Doch auch ein in bestimmten Altersstufen sinnvoll gesetztes Verbot ersetzt die Erziehung nicht, weder zu Hause noch in der Schule. Entsprechend muss die Zeit des Nutzungsverbotes gezielt genutzt werden, wie die „Digitale Fachstelle in Friesoythe“ empfiehlt, die betont, dass Medienerziehung Werteeziehung bedeute. Soziale Kompetenzen wie ein fairer und freundlicher Umgang mit anderen, Rücksichtnahme, Respekt und Höflichkeit ebenso wie Vorsicht, (Selbst-)Reflexion und Achtsamkeit sind nicht nur wichtige Voraussetzungen für ein zufriedenes Leben aller in der analogen, sondern genauso in der digitalen Welt und um sie auszubilden, bietet die Zeit des kompletten Smartphoneverbotes in der Schule Raum. Parallel können im Unterricht sichere digitale Lernangebote über schuleigene digitale Geräte genutzt und somit der grundsätzliche Umgang mit PCs geübt werden.

### Digitale Mündigkeit Schritt für Schritt

Sind diese Grundlagen gelegt, kann eine Öffnung der Nutzung zum Beispiel in den großen Pausen

erfolgen, wobei die Nutzung von Tablets im Unterricht nicht komplett freigegeben werden sollte, weil bekanntermaßen die Ablenkungsgefahr zu groß ist und das Mathematik- und Lesevermögen sich ohne digitale Endgeräte besser entwickeln kann.

Da aber laut Hannes Rosenfelder (WELT 21.1.2026: „Pro und Contra: Braucht es eine Altersgrenze für Social Media?“) lieber gute Bildung als ein Verbot vorherrschen sollte, sollte nun im Unterricht gelernt werden, mit den Medien umzugehen und sie gezielt einzusetzen sowie ungesunde Inhalte zu erkennen und zu reflektieren. Dies ist beispielsweise durch das materialgestützte Informieren und Argumentieren im Fach Deutsch auch in den Fach-Curricula angelegt.

Auf Grundlage der sozialen Kompetenzen aus den vorangegangenen Jahren können nun im Bereich Medienerziehung auch Probleme wie Cybermobbing, Sexting und Ähnliches besprochen und Strategien zur Vermeidung mit ihnen thematisiert werden.

*Nicht zuletzt kann hierbei der Spaß, den digitale Endgeräte beim Lernen bewirken können, hilfreich sein, um die Aufmerksamkeit der Schülerinnen und Schüler auf diese Themen zu lenken.*

Mit den erworbenen Kompetenzen ist es dann möglich, die Nutzung digitaler Endgeräte in der Oberstufe freizustellen und auf diese Weise zu trainieren, den Versuchungen durch Ablenkung und dem „Lösenlassen“ von Aufgaben durch KI zu widerstehen und damit einen sinnvollen und sicheren Umgang im geschützten Raum, auch durch Anleitung und Reflexion mit der Lehrkraft, einzuüben.

## Wir trauern um

Wagner, Thomas	Celle	–
Hupfeld, Bernhard	Stadtdendorf	06.08.2025
Kammel, Hans-Hermann	Berlin	21.11.2025
Gorzond, Dr. Ira	Dassel-Hoppensen	24.11.2025
Riepenhoff-Wolfgarten, Annette	Wallenhorst	15.12.2025
Buchwald, Norbert	Hann. Münden	27.12.2025
Schwartz, Roland	Vechelde	29.12.2025
Imdahl, Hermann	Bremen	31.12.2025
Matthies, Rolf	Oldenburg	05.01.2026
Köster, Gert	Osnabrück	25.01.2026
Korn, Dr. Dietrich	Obernholz-Wierstorf	16.02.2026
Höfinghoff, Gerd	Osnabrück	19.02.2026
Spies, Barbara	Buxtehude	07.03.2026



Deutscher  
Lehrkräftepreis

Wenn

LEHRKRÄFTE

über sich

hinaus-  
wachsen

## DEUTSCHER LEHRKRÄFTEPREIS

Jetzt mitmachen in den Kategorien: Unterricht innovativ,  
Ausgezeichnete Lehrkräfte, Vorbildliche Schulleitung,  
Starke Grundschule und weiteren Sonderpreisen.  
Alle Infos unter [www.lehrkraeftepreis.de](http://www.lehrkraeftepreis.de)

**JETZT  
BEWERBEN  
BIS 30.06.26**

**20  
26**

Veranstalter



Deutscher  
Philologenverband



Heraeus  
Bildungsstiftung

Gefördert von

**Cornelsen**

**Schöpflin** Stiftung:

# „Wie eng ist der Gürtel?“ Stellensuche aus Sicht der LiVD

Von Patrick Eversen

Der Schritt aus dem Referendariat in den Schuldienst ist für viele junge Lehrkräfte ein entscheidender Moment – und zugleich eine Weggabelung. Während die einen jede sich bietende Stelle ergreifen, auch wenn sie zunächst weit entfernt vom Wunschort liegt (und so 180 km am Tag pendeln oder den Lebensmittelpunkt weit verlagert wird), setzen andere bewusst auf Geduld und melden sich lieber für

einige Monate arbeitslos, um später erneut nach einer passenden Stelle zu suchen. Ein anderer wechselt dann doch lieber das Bundesland. Beide Wege haben ihre eigenen Chancen und Risiken, und sie spiegeln die Unsicherheit wider, die den Berufseinstieg begleitet. Gerade in Niedersachsen zeigt sich dabei ein paradoxes Bild: Einerseits herrscht vielerorts akuter Lehrkräftemangel, andererseits erleben Berufseinsteiger dennoch eine

schwierige Stellensuche. Es scheint doch ein großes Ungleichgewicht an Stellen in Niedersachsen zu geben.

Wir möchten zwei gegensätzliche Haltungen näher beleuchten – wohlwollend, dass es sich dabei um eine stark vereinfachte, fast schwarz-weiße Darstellung handelt. Sie sollen vielmehr das Spektrum möglicher Wege illustrieren, das sich Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern eröffnet.

„Lieber jede Stelle nehmen, die man bekommt“	„Arbeitslosengeld geht auch“
<p>Der erste Schritt nach dem Referendariat sollte nicht von zu vielen Vorbehalten begleitet sein. Entscheidend ist, überhaupt in das System einzutreten – denn wer einmal verbeamtet ist, hat grundsätzlich die Möglichkeit, später Versetzungen oder Abordnungen zu beantragen. Natürlich gibt es Schulen, von denen man schwerer wekommt, aber die Erfahrung zeigt: Mobilität innerhalb des Schuldienstes ist möglich, und wer im System ist, hat deutlich bessere Karten als jemand, der draußen bleibt.</p>	<p>Der Schritt nach dem Referendariat muss nicht zwangsläufig sofort in eine Schule führen. Manche jungen Lehrkräfte entscheiden sich bewusst dafür, zunächst Arbeitslosengeld zu beziehen und die Stellensuche in Ruhe fortzusetzen. Der Gedanke dahinter: Eine Stelle auf Probe bedeutet in der Regel drei Jahre Bindung – und wer sich vorschnell festlegt, läuft Gefahr, an einer Schule zu landen, von der ein späterer Wechsel kaum möglich ist.</p>
<p>Gerade mit Blick auf den steigenden Altersdurchschnitt vieler Kollegien ist es sinnvoll, frühzeitig einzusteigen. Junge Lehrkräfte werden gebraucht, und wer sich flexibel zeigt, kann schnell Verantwortung übernehmen und sich profilieren. Auch der Schritt aufs Land sollte nicht unterschätzt werden: Dort gibt es nicht nur gute Schulen, sondern oft auch ein besonders starkes Gemeinschaftsgefühl. Die Kampagne des PHVN „Stadt? Land!“ zeigt dies. Ein neuer Lebensmittelpunkt kann zudem persönliche Chancen eröffnen – sei es durch günstigere Lebenshaltungskosten, neue soziale Kontakte oder eine andere Lebensqualität. Will man Altes hinter sich lassen?</p>	<p>Auch die praktischen Rahmenbedingungen spielen eine Rolle. Tägliche Fahrten von über 60 Minuten, Staus und steigende Benzinpreise können auf Dauer belastend sein und wertvolle Lebenszeit kosten. Wer wartet, kann gezielter nach einer Stelle suchen, die besser erreichbar ist und damit langfristig mehr Lebensqualität bietet.</p>
<p>Hinzu kommt: Jede Stelle bedeutet praktische Erfahrung, die im Lebenslauf zählt. Wer wartet, riskiert nicht nur eine Lücke, sondern auch den Verlust an Routine und Anschluss. Selbst wenn die erste Schule nicht die „Traumstelle“ ist, bietet sie die Möglichkeit, Unterrichtserfahrung zu sammeln, sich im Kollegium zu vernetzen und die eigene Professionalität zu stärken.</p>	<p>Hinzu kommt, dass Arbeitslosengeld für ein halbes Jahr eine durchaus tragbare Option sein kann – auch wenn nicht alle LiVD sich dies leisten können. Für manche bedeutet es eine psychische Entlastung: Statt unter Druck sofort irgendwo einzusteigen, bleibt Raum für Orientierung, Erholung und die bewusste Entscheidung für eine passende Schule.</p>
<p>Nicht zuletzt kann man doch auch einfach das Bundesland wechseln. Ein Mangel ist auch in anderen Bundesländern vorzufinden. Wenn ich dann schon umziehe, dann doch vielleicht aber auch wohin, wo besser besoldet wird? Das steht aber auf einem anderen Blatt.</p>	<p>Die regionale Verwurzelung ist ein weiterer Aspekt. Viele möchten in ihrer Heimatregion bleiben, nahe bei Familie und Freunden. Ein bewusstes Warten erhöht die Chance, genau dort eine Stelle zu finden. Gleichzeitig setzt diese Haltung auch ein Signal an das System: Junge Lehrkräfte sind nicht bereit, jede Bedingung zu akzeptieren, sondern erwarten attraktive Rahmenbedingungen.</p>
<p>Schließlich gilt: Der Einstieg in den Schuldienst ist kein endgültiger Schicksalsschlag, sondern ein Türöffner. Wer einmal drin ist, kann sich weiterentwickeln, neue Wege gehen und langfristig auch die Wunschregion erreichen. Flexibilität am Anfang zahlt sich später aus – und ist in Zeiten des Lehrkräftemangels ein entscheidender Vorteil.</p>	<p>Darüber hinaus kann die Zeit sinnvoll genutzt werden – sei es für Weiterbildung, Zusatzqualifikationen oder schlicht für eine Auszeit, die nach den intensiven Monaten des Referendariats neue Kraft gibt. So wird vermieden, dass man sich vorschnell auf eine „Notlösung“ einlässt, die langfristig unzufrieden macht.</p>

„Lieber jede Stelle nehmen, die man bekommt“	„Arbeitslosengeld geht auch“
<p><b>Zusammenfassend kann man doch folgende Punkte attestieren:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eintritt ins System „Schule“</li> <li>• Versetzungen und Abordnungen möglich</li> <li>• Berufserfahrung und Routine sammeln</li> <li>• Demografische Chancen durch steigenden Altersdurchschnitt</li> <li>• Flexibilität und neue Lebensperspektiven</li> <li>• Sicherheit und Planbarkeit</li> <li>• Netzwerke und Karrierewege</li> <li>• Signalwirkung von Einsatzbereitschaft</li> </ul>	<p><b>Zusammenfassend lassen sich folgende Punkte hervorheben:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stelle auf Probe bedeutet „längerfristige“ Bindung</li> <li>• Versetzungen von manchen Schulen schwierig bis unmöglich</li> <li>• lange Wege zur Schule sind belastend und kostenintensiv</li> <li>• Arbeitslosengeld als überbrückende Option</li> <li>• „Es ist nur ein halbes Jahr“ – wenn auch nicht für alle finanzierbar</li> <li>• psychische Entlastung und bewusster Neustart</li> <li>• regionale Verwurzelung als Ziel (Familie, Freunde): keine andere Möglichkeit</li> <li>• Signalwirkung gegenüber dem System</li> <li>• Vermeidung von Notlösungen</li> <li>• Zeit für Weiterbildung, Urlaub oder persönliche Projekte</li> </ul>

Wenngleich die Argumente hier gegenüberstehen, gewichten unsere LiVD sie keineswegs einheitlich. Genau darin liegt die größte Polarisierung – und zugleich eine der zentralen Herausforderungen. Gibt es also eine pauschale Antwort, die man jungen Lehrkräften mitgeben könnte? Nein, mit Verlaub nicht. Und genau das macht den Übergang vom Vorbereitungsdienst in die Berufseinstiegsphase so schwierig.

Dieser Schritt ähnelt in vielem den Übergängen, die wir bereits kennen:

vom Schulabschluss ins Studium, vom Studium ins Referendariat – jeweils verbunden mit einer neuen Stadt, neuen Menschen und oft auch einer räumlichen Distanz zum Elternhaus. Der entscheidende Unterschied besteht jedoch darin, dass der Einstieg in eine Schule zeitlich und inhaltlich deutlich weitreichender ist. Es geht nicht mehr nur um ein paar Semester oder 18 Monate, sondern um die Integration in ein Kollegium, die Entwicklung einer professionellen Identität und die langfristige Bindung an einen Standort.

Besonders im Referendariat empfinden viele diese Unsicherheit als große zusätzliche Belastung: Sie sollen sich bereits im Schulalltag bewähren und zugleich in ihre Ausbildung investieren, während sie noch gar nicht wissen, wo sie danach leben und arbeiten werden. Dieses Gefühl – Warum soll ich mich heute einarbeiten, wenn ich morgen vielleicht ganz woanders bin? – erschwert den Übergang zusätzlich und macht die Entscheidung für einen festen Lebensmittelpunkt umso bedeutsamer.



## Befragung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Am 27.10.2025 wurden wir anlässlich einer geplanten (06.03.2026 bis 16.03.2026) Befragung der LiVD und der Lehrkräfte in der Berufseinstiegsphase (BEP) ins Kultusministerium eingeladen. Gemeinsam mit anderen Bildungsverbänden in Niedersachsen informierte das MK (Referat 35) über das Vorhaben: Eine freiwillige landesweite Umfrage soll „eine breite Datenbasis aus unterschiedlichen Perspektiven zur Qualität der Lehramtsausbildung insgesamt, insbesondere zum Vorbereitungsdienst in Niedersachsen“ liefern.

Für den PHVN nahmen Matthias Pretz (AG der Fachleitungen) und Patrick Eversen (AG der JuPhis) teil. Vorgestellt wurden sowohl die Zielsetzung der Befragung als auch das Erhebungsinstrument, das Fragen zu Studium, Vorbereitungsdienst und Berufseinstieg umfasst. Unsere Hinweise aus den Verbänden wurden zum Großteil ernst genommen und in den Fragebogen eingearbeitet.

An dieser Stelle begrüßen wir, dass das MK mit der landesweiten Umfrage einen Schritt geht, um Vorbereitungs-

dienst und Berufseinstiegsphase genauer zu betrachten. Entscheidend wird sein, welche Schlüsse daraus gezogen werden und ob Maßnahmen folgen, die die Ausbildungsqualität wirklich stärken.

Eins ist sicher: Das Referendariat darf in seinem Kern nicht ausgehöhlt werden! Wir werden aufmerksam verfolgen, welche Ergebnisse die Umfrage liefert und welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

# Demokratiebildung mit Resonanzpoesie

## Ein Beitrag zur Wertevermittlung in der Schule

Gymnasium in Niedersachsen sprach mit seinem ehemaligen Vorsitzenden Horst Audritz und der Autorin Karina Skar von Remba über ihr gemeinsames Werk „Resonanzpoesie“.

**GiN:** *Horst, nach dem Ende deiner Tätigkeit im Schuldienst und als Vorsitzender des Philologenverbandes Niedersachsen hast du ein neues Tätigkeitsfeld gefunden. Du bist nun Herausgeber eines Lyrikbandes „Resonanzpoesie“. Wie ist es dazu gekommen?*

Die Sicherung unserer Demokratie, der Demokratie wie sie sich in unserem Grundgesetz manifestiert, ist mir persönlich wie dem Philologenverband Niedersachsen ein wichtiges Anliegen. Ich erinnere an unsere Stellungnahme zum Erlass „Stärkung der Demokratiebildung“ 2021 und die Resolution des Vertretertages 2025 für die Agenda 2035: „Bildung, die wirkt: nachhaltig, demokratisch, unverhandelbar“.

Das Grundgesetz ist alt, aber bei weitem nicht veraltet. Gerade heute verdient es besondere Beachtung und Stärkung im Bewusstsein der Bevölkerung und der Schülerinnen und Schüler. Als Herausgeber habe ich deshalb ein Buchprojekt unterstützt, das sich genau dieser Aufgabe aus der Sicht der Poesie verschrieben hat und Einsatzmöglichkeiten in der Schule aufzeigt.

Wünschenswert wäre in meinen Augen auch, dass Niedersachsen ähnlich wie Bayern und seit 2026 auch Thüringen eine Verfassungsviertelstunde oder einen Verfassungstag in den Schulen verankert.

**GiN:** *Kannst du das näher erklären? Welchen Bezug hat die Resonanzpoesie zur Schule, zu Erziehung und Unterricht?*

Das ist keine Lyrik, die im Elfenbeinturm entstanden ist, sondern Lyrik, die in der Mitte der Gesellschaft verankert ist, sich einmischt und Stellung bezieht, also politische Lyrik im besten Sinne. Resonanzpoesie ist ein neuer Ansatz künstlerischer Intervention, inspiriert durch die aktuelle soziologische Forschung in der Bunderepublik und verbunden mit dem Anspruch,

gesellschaftliche Resonanz zu entfalten und besonders auch im Kontext Schule/Bildung Wirkung zu erzielen. Das umfasst auch Unterrichtsvorschläge und Ideen für die Stunden-gestaltung. Mir ist dieser Bezug zur Demokratiebildung angesichts der jüngsten Entwicklungen besonders wichtig.

Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche und Gefährdungen: Ausbreitung autokratischer Herrschaftsstrukturen, imperialistisches Machtstreben, Kriege um fundamentale Werte, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Spaltung, Klimakatastrophen, allgemeine Unsicherheit. Die Welt zersplittert immer mehr in einzelne Machtblöcke. Umso wichtiger ist es, dass wir unseren Platz in dieser Welt bestimmen und uns immer wieder über die Grundwerte unseres Zusammenlebens verständigen. Dabei können wir auf eine gute Vorlage, das Grundgesetz, zurückgreifen, das Karina ausdrücklich als sicheren Anker für die deutsche Demokratie würdigt. Jeder Einzelne ist gefragt, sich in den politischen Diskurs einzubringen.

**GiN:** *Karina, Resonanzpoesie ist ein neues lyrisches Format. Wir kennen Gedichtformen wie Balladen, Hymnen, Naturlyrik oder politische Lyrik. Wie ist da die Resonanzpoesie zuzuordnen?*

Lyrik sollte nicht bloß ästhetisch wirken, sondern Räume eröffnen, in denen Jugendliche sich selbst positionieren, demokratische Werte reflektieren und eigene Ausdrucksformen entwickeln. Statt normative Vorgaben zu machen, fragt Resonanzpoesie: Wie können durch Lyrik Aushandlungsprozesse Raum gewinnen, sodass Jugendliche Weltverhältnisse aus ihrer Perspektive artikulieren, Antworten auf gesellschaftliche Zukunftsfragen finden und Veränderung anstoßen?

Meine Gedichte öffnen Brücken aus Sprache in die politische Gegenwart, damit dieses Schweigen durch Reso-



**Taschenbuch**

ISBN-13 978-3565093045

**Gebundene Ausgabe**

ISBN-13 978-3565054466

nanz, Wahrnehmung und Mitgestaltung gebrochen wird. Demokratie lebt davon, dass Stimmen nicht nur existieren, sondern gehört, diskutiert und mitverantwortlich umgesetzt werden.

Demokratie ist also kein abstrakter Wert, sondern eine tägliche Praxis. In der Resonanzpoesie geht es darum, dass Lyrik gesellschaftliche Relevanz herstellt: Die Gedichte bieten Anlässe und Impulse zur Auseinandersetzung mit Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

**GiN:** *Du sprichst von einer demokratisch fundierten kulturellen Bildung. Wie soll das in der Schule umgesetzt werden?*

Zunächst geht es um sinnliche Zugänge: Poesie als Erfahrungsraum, in dem Schülerinnen und Schüler sich selbst und andere verstehen lernen. Dann um Beteiligung: Gedichte dienen als Ausgangspunkte für Debatten, Projekte, politische Partizipation. Die pädagogisch-didaktische Komponente meiner Arbeit zielt darauf ab, Teilhabe zu ermöglichen, ohne zu indoktrinieren.

Resonanzpoesie zielt auf Offenheit, die die Gedanken der Schüler zulässt. Resonanzpoesie geschieht MIT ihnen,

nicht ÜBER sie hinweg. So entstehen Resonanzräume für Mehrstimmigkeit und Perspektivwechsel, aber auch für Widerspruch und Identifikation.

In der Schule diskutieren wir vor dem Hintergrund aktueller welt- und gesellschaftspolitischer Themen in heterogenen Lerngruppen unterschiedlichster Biografien und Religionen. Alle Positionen finden gleichermaßen Gehör. Dies tun wir auf einer Basis, die wiederum nicht verhandelbar ist: unsere Grundwerte.

**GiN:** *Du bist ja Gymnasiallehrerin für Deutsch und Darstellendes Spiel und Wissenschaftlerin im Bereich der angewandten Theaterforschung. Was hat dich motiviert, das Konzept der Resonanzpoesie zu entwickeln?*

Ich habe lange Jahre als Lehrerin gearbeitet und konnte durch einen Unfall nicht mehr unterrichten. Mir wurde schnell klar, wie eng Beruf und Identität verknüpft sind. Beruf ist im Lehrerdasein ja auch Berufung. Nun war ich nicht mehr Lehrerin – doch wer oder was ist man dann? Das kann einen schon in eine nicht unerhebliche Krise stürzen. Aus dem Bedürfnis heraus, der Lehre verbunden zu bleiben und weiterhin einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, habe ich das Konzept der Resonanzpoesie entwickelt. Dabei geht es mir um die Vermittlung von Grundwerten und die Verständigung auf ein gemeinsames Wertesystem. Lyrik vermag es, einen anderen Blick auf die Welt zu eröffnen und ein gemeinsames Zusammenleben zu fördern.

**GiN:** *Du willst also das „Silentium Democraticum“, das demokratische Schweigen in der heutigen Gesellschaft, überwinden?*

Die Resonanzpoesie baut darauf auf, dass Sprache nicht bloß Informationen transportiert, sondern Handlungsmacht erzeugt: Durch gemeinsames Sprechen und Schreiben wird der Diskurs lebendig, werden Perspektiven verhandelt und neue Lebensentwürfe sichtbar. Dies trägt dazu bei, das Schweigen zu überwinden und demokratische Mitgestaltung zu stärken. Sprache wird demnach als Welterschaffung verstanden – kein bloßes Abbild, sondern aktives Gestalten der Wirklichkeit.

## Resonanzpoesie im Unterricht

### Innenwelt und Außenwelt

Grundrecht  
Du wertvolles Gut,  
Teil der Verfassung,  
Gibst Schutz und Mut.

Grundrecht  
Dein Wort – gesprochenes Recht,  
Dem Frieden zu dienen  
Konstituierst unsere Welt – ist nunmehr echt.

Grundrecht  
Im Innern unsres Bewusstseins verwahrt,  
Kostbarer Schatz,  
Mit Stolz bewahrt.

Grundrecht  
Manifestiert überall dort.  
Wir tragen dich mit uns – in uns.  
Hier wirst du sichtbar – an diesem Ort.

Grundrecht  
Das Menschen berührt, das sie bewegt,  
Ist mehr als Gesetz,  
Ist Lebensgefühl, Freiheit, gibt Identität.

Grundgesetz – vollendetes Werk,  
Das die Seele und das Herz erfährt.  
Gelebte Verfassung, Zustand meiner Selbst,  
Du inspirierst, heilst, verwandelst,  
Bist Ort und Teil meiner Seelenwelt!  
Ein Meisterwerk, das für die Ewigkeit währt!

#### Aufgaben:

1. Das Gedicht „Innen- und Außenwelt“ thematisiert die Grundrechte im Grundgesetz (GG). Welchen Zusammenhang siehst du zwischen den Grundrechten im GG und dem vorliegenden Gedicht?
2. Welche öffentlichen Orte in deiner Stadt repräsentieren für dich Demokratie bzw. das Grundgesetz? Erstelle eine Karte auf Google-Maps und setze eine Wegmarke mit einem Foto des Ortes. Ergänze das durch eine Bildunterschrift nach dem Muster: „Mein Ort (der Name ist einzufügen) spielt in meiner Wahrnehmung eine Rolle für Demokratie, weil...“

## Biographisches



**Karina Skar von Remba, Autorin**

Gymnasiallehrerin. Promotion im Bereich der angewandten Theaterforschung / Germanistik. Berufliche Tätigkeit in Forschung und Lehre. Entwicklung des

neuen partizipativen Formats „Resonanzpoesie“.



**Horst Audritz, Herausgeber**

Vorsitzender des Philologenverbandes Niedersachsen 2009 bis 2022

# 250 Euro für dich!\*



Mach den **HUK-Check**.

**Geschäftsstelle  
Hannover**

Lange Laube 20  
30159 Hannover  
Fax 0511 1677 19990  
thomas.metten@huk-coburg.de

**Geschäftsstelle  
Bremen**

Am Brill 18  
28195 Bremen  
Fax 0421 5904 19990  
bettina.sanmann@huk-coburg.de

**Geschäftsstelle  
Hamburg**

Nagelsweg 41-45  
20097 Hamburg  
Fax 040 23605 19990  
thorsten.prigge@huk-coburg.de



\* **Sparen Sie 250 Euro im Schnitt** durch unseren Versicherungs-Check.  
Alles zum HUK-Check jetzt unter [huk.de/check](https://www.huk.de/check)